

Mario von Cranach

Die Schweiz von morgen

Entwicklung der Wirtschaft
und des Wohlstandes

Ergebnisse einer Interviewstudie des
«Netzwerks für sozialverantwortliche Wirtschaft
NSW/RSE»

Netzwerk für sozial verantwortliche Wirtschaft NSW/RSE
Schläflistrasse 6
3013 Bern
Tel.: 031 318 55 70
E-Mail: buero@nsw-rse.ch
Website: www.nsw-rse.ch

Zur vorliegenden Publikation und zum NSW/RSE

- Wie sieht die Zukunft der Arbeit in der Schweiz aus?
- Wie sehen Menschen in wichtigen Positionen der Wirtschafts- und Arbeitswelt, des Sozialwesens und der Verwaltung in einer mittel- und langfristigen Perspektive die Zukunft der schweizerischen Wirtschaft bzw. der Gesellschaft?
- Wo orten sie die Chancen – die Probleme – die Herausforderungen?
- Wer sind künftig die Benachteiligten oder Gefährdeten, und wie kann man ihre Chancen verbessern? Wo sehen die Befragten konkreten Handlungsbedarf?

Diese Fragen stellten wir 22 führende Persönlichkeiten im Rahmen eines Interview-Projektes unseres «Netzwerks für sozial verantwortliche Wirtschaft NSW|RSE». Wir wollten von ihnen wissen, wo sie die künftigen Probleme der Arbeit in der Schweiz sehen und welche Massnahmen sie zur Bewältigung vorschlagen. Die Interviews verliefen in Form eines offenen Gesprächs von je ca. zwei Stunden Dauer.

Das «Netzwerk für sozial verantwortliche Wirtschaft (NSW/RSE)» will mit seinen Projekten und Initiativen dazu beitragen, die Entwicklung der Wirtschaft so zu gestalten, dass möglichst alle Menschen ein Leben in Würde und in sozialer Gerechtigkeit leben und aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft teilhaben können. Dazu erarbeiten wir Grundlagen, Modelle und Instrumentarien und fördern die Diskussion wichtiger Probleme.

Schwerpunkt unserer bisherigen Arbeit war die Erarbeitung KMU-tauglicher Instrumente zur objektiven Feststellung sozial nachhaltigen Wirtschaftens. Für die Umsetzung und Weiterentwicklung dieses «Instrumenten-Sets» ist seit Mitte 2004 die dafür gegründete «Stiftung Sozialverantwortliche Wirtschaft (SSW)» zuständig (siehe www-sswi.ch). Ein weiteres grösseres Projekt zum Problem «Ältere Menschen im Unternehmen» ist mit einer Konferenz und Publikationen erfolgreich abgeschlossen worden. Zur Zeit arbeiten wir intensiv am Jugendprojekt LIFT mit dem neue Ansätze zur Förderung schulisch schwacher Jugendlicher im Übergang von der Schule in das Erwerbsleben entwickelt und erprobt werden sollen. LIFT will die «gefährdeten» Jugendlichen frühzeitig mit den Ansprüchen der Arbeitswelt bekannt machen und sie darauf vorbereiten. Leistungsschwache Realschulabgänger/innen sollen befähigt werden, sich später in der Arbeitswelt zurechtzufinden und dort Fuss fassen zu können.

Wir danken der *Otto-Gamma-Stiftung*, der *Karl-Mayer-Stiftung* und der *Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft* für ihre finanzielle Unterstützung, die es uns möglich gemacht hat, diese Studie durchzuführen.

Mario von Cranach, Präsident NSW/RSE

I.	Einführung	6
II.	Die Sicht der Wirtschaft	8
	1. Die Entwicklung der Wirtschaft im kommenden Jahrzehnt	8
	2. Wohlstandsverlust und Verteilungskämpfe	11
III.	Die Sicht der Gewerkschaften	14
	1. Die Entwicklung der Schweizer Wirtschaft	14
	2. Die künftige Entwicklung des Wohlstandes	16
IV.	Stimmen aus dem Sozialwesen	17
	1. Zur wirtschaftlichen Entwicklung	17
	2. Zur Entwicklung des Wohlstandes in der Schweiz	18
V.	Bundesbehörden	19
	1. Zur Wirtschaftsentwicklung	19
	2. Zur künftigen Entwicklung des Wohlstandes	21
VI.	Meinungen aus den Wissenschaften	22
	1. Zur Wirtschaftsentwicklung	22
	2. Die Entwicklung des Wohlstandes	25

VII. Diskussion	27
1. Zur wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz	27
1.1. Ausgangslage: die Schweiz in der Globalisierung	27
1.2. Gute Chancen der Aussenwirtschaft, mit Risiken für den Arbeitsmarkt	27
1.3. Stagnation der Binnenwirtschaft	28
1.3.1. Das Problem der Wachstumsschwäche	28
1.3.2. Fehlender Wettbewerb?	29
1.4. Die Altersstruktur der Bevölkerung	31
1.5. Hemmnisse der politischen Struktur	32
1.6. Die politische Polarisierung gefährdet die Handlungsfähigkeit der Schweiz	33
1.7. Mangelnde Leistungsbereitschaft	33
1.8. Grundlegende Fragen und Forderungen	34
1.8.1. Was für eine Schweiz wollen wir?	34
1.8.2. Brauchen wir Wachstum, und welches und wofür?	34
1.8.3. Ist die Staatsquote zu hoch?	36
1.8.4. Muss die Staatsverschuldung abgebaut werden?	37
1.8.5. Auch die Nachfrage stärken	37
1.8.6. Das Wichtigste: Investitionen in das Bildungssystem	38
2. Zur künftigen Entwicklung des Wohlstandes	38
VIII. Abschliessende Überlegungen	41
Literatur	45
Anhang 1: Unsere Interviewpartnerinnen und -partner	47
Anhang 2: Der Interview-Leitfaden	48

I. Einführung

Wenn wir an einen Zeitraum von 10 Jahren oder mehr denken: wie sieht die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Schweiz aus? Welche Entwicklungen sind wahrscheinlich, welche Szenarien zu erwarten, welche Massnahmen zu treffen? Welche Wirtschaftszweige haben gute, welche schlechtere Aussichten? Welche Teile der Bevölkerung sind betroffen, und um wen müssen wir uns die grössten Sorgen machen? Und immer wieder: was muss die Schweizer Wirtschaft, die Politik, müssen wir alle tun, um dem Land eine gute Zukunft zu sichern? Zu diesen Fragen haben wir im Rahmen eines Projektes des NSW im Jahr 2005 Gespräche mit 22 Personen geführt, die die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Schweiz aus verschiedenen Blickwinkeln kennen; sie sind in den Bereichen *Wirtschaft (Unternehmen und Verbände), Gewerkschaften, öffentliche Verwaltung, Sozialwesen und Wissenschaft* tätig (siehe Anhang 1). Viele von ihnen nehmen aktiv an der Gestaltung der Zukunft im öffentlichen Leben teil, alle tragen in ihrem Bereich eine besondere Verantwortung; da wir von ihnen erwarteten, z.T. sehr verschiedene Meinungen zu vertreten, konnten wir uns interessante Ergebnisse versprechen.

Für unsere Gespräche, die wir jeweils zu zweit führten¹, hatten wir ein Gerüst von grundsätzlichen Fragen und Gesichtspunkten entworfen (siehe Anhang 2), das wir den Befragten vorher vorlegten. Daran orientierten wir uns aber nur lose; prinzipiell wurden die Gespräche offen geführt und konzentrierten sich jeweils auf die Schwerpunkte der Kompetenz und des Interesses unserer PartnerInnen. Nach 1½ bis 2 Stunden waren dann meist die wichtigsten Themen behandelt, und in fast allen Fällen hatten wir das befriedigende Gefühl, unsere PartnerInnen hätten wirklich sagen können, was sie für wichtig hielten.

Unser Ziel war es vor allem, Grundlagen für die weitere Arbeit unseres Netzwerks NSW/RSE zu gewinnen. Das ist auch gelungen; so wurde z.B. die Stossrichtung unseres Jugendprojektes LIFT («Leistungsfähig durch individuelle Förderung und praktische Tätigkeit»), das auf die Eingliederung von Schulabgängern mit schwachen Schulleistungen in die Wirtschaft abzielt, in fast allen Interviews bestätigt. Zudem gaben uns diese Gespräche Gelegenheit, interessante Kontakte zu knüpfen. Wir glaubten aber auch, dass die Zukunft des Landes, ihre Chancen und Risiken in der Schweiz zu wenig diskutiert werden. Wie es Rudolf Stämpfli im Interview ausdrückte: *«Ich bin eigentlich schon heute relativ skeptisch für*

¹ Ich danke *Ueli Bolleter, Werner Dick, Matthias Hehl, Philippe Mastronardi und Lukas Schwyn* für ihren Einsatz als Interviewer. Für die Organisation danke ich *Werner Dick*, für die redaktionelle Bearbeitung *Rhea Winkelmann* und für die Transkription des umfangreichen digitalen Ausgangsmaterials *Elisabeth Fankhauser, Marianne Bohnenblust und Barbara Aeberhard*.

die wirtschaftliche Zukunft der Schweiz, weil ich eine Denkstagnation orte, eine Verweigerung eigentlich des Bürgers aber auch der Politik, sich wirklich kreativ der Zukunft anzunehmen. Diskussionen, die – sagen wir einmal im spielerischen Bereich – die Zukunft andeuten, werden sehr frühzeitig abgewürgt.»² Daher beabsichtigten wir auch, die Ergebnisse wenigstens teilweise zu veröffentlichen und eine Diskussion in Gang zu setzen. Nun hat die Transkription der Interviews ca. 500 Seiten ergeben. Wir haben uns daher entschlossen, die einzelnen Fragenbereiche getrennt zu bearbeiten; auf Zusammenhänge wird jeweils hingewiesen. Da diesen Texten weder eine repräsentative Stichprobe noch ein standardisiertes Erhebungsverfahren zugrunde liegt, erscheint es nicht sinnvoll, ein systematisches, sei es quantitatives oder qualitatives Auswertungsverfahren anzuwenden. Stattdessen haben wir die Stellungnahmen nach Gesichtspunkten, die uns wichtig schienen, zusammengefasst.³

In diesem ersten Bericht geht es um die grundsätzlichen Fragen, wie sich die Schweizer Wirtschaft in den nächsten zehn Jahren entwickeln wird, und ob der bisherige Wohlstand des Landes erhalten bleiben kann. Dazu möchte ich noch zwei Bemerkungen vorausschicken:

1. Lesern, die sich mit wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Problemen beschäftigen, werden viele der in den Interviews geäußerten Gedanken bekannt sein. Man muss aber bedenken, dass unsere Interviewpartnerinnen und -partner z. T. seit längerer Zeit massgeblich an der öffentlichen Diskussion mitgewirkt haben; sie gehören als Meinungsführer zu den Autorinnen und Autoren dieser Auffassungen.
2. Dabei vertreten sie – wie zu erwarten war – oft, wenn auch nicht immer, die Positionen, die ihrer gesellschaftlichen Rolle entsprechen, denn dort haben sie ihre Interessen entwickelt und ihre Lebenserfahrungen erworben. Und so sprechen eben, bei aller Individualität und intellektuellen Unabhängigkeit, Unternehmer vorwiegend als Unternehmer, Gewerkschaftspräsidenten plädieren aus gewerkschaftlicher Sicht, und die Leiter von Behörden vertreten die Politik ihres Amtes.

² Die eingefügten Zitate sind wörtlich und nur soweit bearbeitet, als es die Überführung der mündlichen Äusserung in die schriftliche Form notwendig machte: Wir haben sehr darauf geachtet, dabei ihren Sinn zu erhalten.

³ Diese Auswertung und Diskussion habe ich, M.v.C. (als kritischer Laie in wirtschaftlichen Fragen), allein übernommen.

II. Die Sicht der Wirtschaft

Zu dieser Gruppe zählen wir die Unternehmer *Johann Schneider-Amman*, *Gerry Leumann*, *Philip Mosimann* und *Rudolf Stämpfli* sowie den SNB-Präsidenten *Jean Pierre Roth* und, weil durch den Auftrag seiner Institution der Sicht der Wirtschaft verpflichtet, den Avenir-Suisse-Direktor *Thomas Held*. *Schneider-Amman* und *Stämpfli* sind zugleich Präsidenten von Wirtschaftsverbänden. – In dieser Gruppe herrscht bis auf *G. Leumann*, der eine abweichende Meinung vertritt, Übereinstimmung.

Zunächst zu den **Ansichten der Mehrheit**, die vom **liberalen Weltbild** als ihrer weltanschaulichen Basis ausgeht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass natürlich nicht alle Argumente in allen Interviews auftauchen.

1. Die Entwicklung der Wirtschaft im kommenden Jahrzehnt

Eine Voraussetzung ihrer Überlegungen ist

- die historische Entwicklung hin zur heutigen Form der Globalisierung, die es allerdings in anderen Formen schon lange gibt, sowie
- der Aufstieg neuer Wirtschaftsmächte (Indien, China, Osteuropa).

Positive Auswirkungen der Globalisierung für die Schweizer Wirtschaft sind

- die bessere Zirkulation der Produkte sowie
- die Verbilligung der Importe sowie
- der sich für Exporte immer mehr öffnende Weltmarkt.

Negativ wirkt sich der Druck östlicher Märkte aus, der den Kostendruck verschärft. Daraus entsteht **Lohndruck**. (Allerdings: «Das wird sich angleichen, die Löhne steigen an anderen Orten auch.» [*Th. Held*])

Der Ausweg für die Schweiz liegt in der Tertialisierung, der Weiterentwicklung einer **wissensbasierten Wirtschaft**, durch die sich eine **höhere Produktivität** erreichen lässt. Eine Folge davon ist allerdings die **Verlagerung unproduktiver Arbeit** in Niedriglohnländer. Langfristig könnte überhaupt eine **Verlagerung der Produktion** drohen, der dann **die Dienstleistung folgen** würde. *G. Leumann*: «Der Dienstleistungssektor basiert auf dem Industriesektor.» *J. Schneider-Amman*: «Meiner Ansicht nach darf die Industrie nicht kleiner werden als sie ist, sie macht heute noch etwas mehr als 20% des BIP aus.»

Die Schweiz verfügt über gute Ressourcen:

- Es gibt einen **hohen Anteil an wissensbasierten Branchen** (Pharma, Finanz, Mikrotechnologie, Nanotechnologie, aber auch Teile des Maschinenbaus).
- Die **Wirtschaft ist fähig zu Anpassung und Innovation**.
- Das Land besitzt eine **gute Infrastruktur**.
- Der **Stand der Ausbildung** ist gut.
- **Strukturanpassungen** sind z.T. schon geschehen. *Th. Held*: «Es hat sich als Vorteil erwiesen, dass man gewisse Strukturanpassungskrisen (Maschinenbau, Textil) zu einem Zeitpunkt hatte, wo man international noch nicht so unter Druck war.»

Demgegenüber gibt es allerdings auch eine Reihe von Nachteilen. Zu nennen sind

- die **drohende Überalterung**. Daraus folgt, «dass die Aktiven in den nächsten 30 Jahren sehr produktiv sein müssen. Das ist für mich ... die erste und zentrale Herausforderung unserer Wirtschaft.» (*J. P. Roth*)
- das **polarisierte politische System**. *R. Stämpfli*: «Wir finden eigentlich für wichtige Projekte in der Schweiz keine Mehrheiten mehr. ... Früher war es ein Geben und Nehmen.» Heute: «Die Leute besinnen sich nicht darauf, dass Föderalismus nur funktioniert, wenn sie eine gewisse Solidarität haben.»
- Kosten und **Ineffizienz des Föderalismus**. *P. Mosimann*: «Wir haben weit über 1000 Gemeinden. Jede muss ihre Funktionen besetzen, mit z.T. ineffizienten Leuten...»
- Aus diesen beiden Punkten resultieren **Ineffizienz und Langsamkeit des politischen Systems**. *P. Mosimann*: «Die Industrie wartet nicht, bis die Politik die Kosten korrigiert... Wenn ich als Unternehmensleiter zum Schluss komme, ich muss jetzt handeln, und höre dann, ja, ja, die Politik hat das Problem erkannt – dann ist das für mich völlig wertlos. Denn dann dauert es fünf bis zehn Jahre, bis etwas getan sein wird... Die Unternehmen sind flexibel, da geht alles viel schneller als bei Staat und Politik.»
- der Mangel an Bereitschaft, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen. *R. Stämpfli*: «...eine Denkstagnation, eine Verweigerung des Bürgers ... auch der Politik, ich wirklich kreativ der Zukunft anzunehmen. Es entsteht kein konstruktiver Diskurs, wie denn die Schweiz eigentlich die Zukunft gestalten möchte.»
- der **Verlust an Sinngebung**. *R. Stämpfli*: «..., dass der Verlust einer gewissen Sinngebung im Arbeitsprozess möglicherweise Schaden anrichtet... Also muss der Arbeitsprozess sicherstellen, dass diese Sinnerfülltheit gegeben ist.»
- der **Verlust an Vertrauen**. *J. Schneider-Ammann*: «Wir haben sehr viel Vertrauenskapital verspielt in den letzten Jahren. Das wird uns wehtun, wenn wir jetzt in Zeiten grösseren Drucks und schärferer Verteilung miteinander vernünftig umgehen sollten.»

- die **gestiegene Staatsquote**. *P. Mosimann*: «Steuern, Unternehmenssteuern – zu hoch. Die Steuern, absolut gesehen, sind relativ niedrig. Wogegen wir uns jedoch wehren, ist der Trend.»
- zu hohe **Gewichtung der Beschäftigung** als wirtschaftspolitische Zielsetzung. *Th. Held*: «Man gibt ja der Beschäftigung ein höheres Gewicht – eine Art versteckte Arbeitslosigkeit ist nur kurzfristig gut. Auf der Ebene des Unternehmens ist es dann nicht mehr möglich, die Gewinne zu erzielen, die nötig sind, um den nächsten Schritt zu machen.»
- die **Gefahr der Abkoppelung von Europa**.
- und schliesslich auf der individuellen Ebene der **Verlust von Motivation und Anstrengungsbereitschaft** bei Teilen der Bevölkerung.

Daraus ergeben sich **unterschiedliche Prognosen für die Aussen- und Binnenwirtschaft**:

- **Die Entwicklungschancen der Aussenwirtschaft werden überwiegend positiv gesehen**. *R. Stämpfli*: «Die Wirtschaft in der Schweiz hat eigentlich immer gezeigt, dass sie in der Lage ist, sich anzupassen... Wir haben einige Branchen in der Schweiz, die weltführend sind und die zu den Wachstumsbranchen gehören; sie sind in der Regel wissensbasiert. ... Die Voraussetzungen sind eigentlich sehr gut, dass wir auch in einer sich noch stärker wandelnden Welt bestehen können.» *J. Schneider-Ammann*: «Gibt es die Industrie, dann gibt es mit Sicherheit auch den Dienstleistungsbereich; wenn dazu auch die ganze Finanzwelt gehört, bin ich sicher, dass es der Gesamtwirtschaft besser geht.» *P. Mosimann*: «Ich glaube, wir haben keinen Grund, für die Schweiz pessimistisch zu sein. Das ist die erste Botschaft. Das Zweite ist: wir müssen den Vorteilen, die wir besitzen, Sorge tragen.»

Denn eine positive Entwicklung wird nur eintreten, wenn bestimmten Erfordernissen Rechnung getragen wird, die wir z.T. schon angeführt haben:

- **Effizienzsteigerung**. «Für uns sind die nächsten dreissig Jahre ein Problem, wenn wir nicht einen turn around machen und effizienter werden.» (*J.-P. Roth*)
- **Kostensenkung**
- **Staatsquote nicht steigern, besser noch senken**
- **das Bildungssystem fördern**
- **den Marktzugang politisch sichern** und
- **das System der politischen Regulation vereinfachen**.

Wenn dies nicht geschieht, droht längerfristig die Verlagerung ins Ausland.

Weniger günstig werden hingegen die Aussichten der Binnenwirtschaft beurteilt, obwohl ortsgebundene Leistungen natürlich immer erforderlich bleiben werden. *P. Mosimann*: «Eher skeptisch bin ich in Bezug auf die Binnen-

wirtschaft... Das ist meine Sorge, dass die Handlungsfähigkeit auf binnenwirtschaftlichem Sektor (*durch die politische Polarisierung, M.v.C.*) eingeschränkt wird.» *Th. Held:* «Im gewerblichen Bereich haben Sie immer Produktion... Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit in diesem Bereich hat mit zu geringen Betriebsgrössen zu tun..., dass in der Schweiz dieses Geschäft zu lokal ist. Da kommt der Druck auf Bereinigung. Das hat jetzt nichts mit der Verlagerung weltweit zu tun, sondern mit geschützten Märkten, die es erlauben, bestimmte Investitionen zu unterlassen.»

Gefordert werden also

- **Strukturbereinigungen und Reformen;**
- **mehr Markt** und die
- **Senkung von Löhnen und Preisen** (wobei man mit den Preisen beginnen müsste).

Und welche Massnahmen werden schliesslich als die dringlichsten betrachtet?

1. Kostensenkung durch Anpassung der Löhne und der Staatsquote (auch Reform der Unternehmenssteuern)
2. Sicherung des internationalen Marktzuganges
3. Reformen und Verbesserungen des Bildungssystems
4. Aufbrechen des Binnenmarktes

2. Wohlstandsverlust und Verteilungskämpfe

Vier der Befragten gehen davon aus, **dass der Wohlstand in der Schweiz sinken wird**. *R. Stämpfli:* «Ich bin überzeugt, dass wir diesen enorm hohen materiellen Standard nicht nur nicht halten können, sondern auch nicht halten sollen.» Allerdings: «... diese Frage stellen und sie beantworten ist für mich eines der Grundübel. Wenn wir immer daran denken, ob wir materiell etwas einbüßen könnten, sind wir nicht frei genug, zu überlegen, was wir verändern wollen.» *P. Mosimann:* «Ich glaube, dass der materielle Lebensstandard der Schweiz relativ sinken wird.»

Diese **Einbusse** wird aber, angesichts des hohen Niveaus der Schweiz, **nicht** für **wirklich gravierend** gehalten. *P. Mosimann:* «Ich sehe das nicht als Katastrophe, denn wir haben einen enorm hohen Lebensstandard entwickelt.» Die Einbusse kann zudem den Vorteil haben, dass besser über die Prioritäten nachgedacht wird.

Als Ursache für den Wohlstandsverlust werden, entsprechend den Annahmen über die Wirtschaftsentwicklung gesehen:

- der verschärfte Wettbewerbsdruck.

- der Ausgleich zwischen den verschiedenen Ländern.
- die Wachstumsschwäche der Schweiz.
- das Wirtschaftssystem erwirtschaftet nicht mehr genug Gewinn. für die Versorgungssysteme.

Allerdings wird dieser Verlust **nicht alle in gleicher Weise betreffen**. *Th. Held*: «Das wird nicht alle genau gleich treffen, das betrifft vielleicht diejenigen, die international stärker verflochten sind, weniger stark als die Abhängigen im Binnensektor.»

Daraus haben sich schon jetzt **massive Verteilkämpfe** ergeben. *J. Schneider-Ammann*: «Ich teile völlig, dass der Verteilkampf schärfer wird, wo das Wachstum nicht mehr da ist.» *P. Mosimann*: «Ja. Diese Verteilkämpfe sind akut.» *R. Stämpfli*: «...Es wird Verteilkämpfe geben, gibt sie eigentlich heute schon. Das Problem kann aber gemeinsam gelöst werden.» *J. Schneider-Ammann*: «Wenn es eine Vertrauensbasis gibt, dann ist wohl der schärfste Verteilkampf besser zu bestehen.» *R. Stämpfli*: «Ich bin ein starker Verfechter dafür, dass diese Verteilkämpfe mit einer gesunden Sozialpartnerschaft gelöst werden. Ich halte dafür, dass wir immer den Diskurs mit den Sozialpartnern suchen.» Das Problem kann aber die bestehende Blockierungssituation sein. *T. Held*: «Ich frage mich, ob die Konkordanz-Institutionen für diese Reformprozesse geeignet sind.»

Zur Minderheitsmeinung

Gerry Leumann, obwohl als Unternehmer den gleichen Pressionen ausgesetzt wie seine Kollegen, sieht die Situation völlig anders. Er übt eine fundamentale Kritik an den gegenwärtig herrschenden wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und Strategien. Dabei geht er von mehreren grundsätzlichen Fehlentwicklungen aus:

- Das Geld hat seine ursprüngliche Rolle als Tauschmittel verloren und ist selbst zu einem Handelsgut geworden.
- «Die Ökonomen verfolgen überholte Konzepte. Die früher gültigen Gesetzmässigkeiten gelten nicht mehr.»
- Wirtschaft und Politik denken und handeln aufgrund einer kurzfristigen Sicht. Sie rationalisieren, um Kosten zu sparen. Dies kann nur dadurch geschehen, dass weniger Arbeit eine höhere Produktivität erzielt. Arbeit wird durch Energie ersetzt oder verlagert. Mit der Verlagerung «geht auch das Know-How mit. China macht das zu seiner Strategie. Es später wieder in der Schweiz aufzubauen, wird sehr schwierig sein... Die Frage ist auch, wie lange die Schweiz als Dienstleistungsland erfolgreich sein kann. Der Dienstleistungssektor basiert auf dem Industriesektor.»

Das Zusammenwirken dieser Trends hat fatale Folgen. *G. Leumann*: «Heute geht die Entwicklung unserer Wirtschaft in die falsche Richtung. Sie ist nicht mehr für den Menschen da ... Sowohl weniger Arbeit wie auch mehr Produktion sind falsch. Bringt das noch Wohlstand, und welchen zusätzlichen Wohlstand brauchen wir noch? Man spricht vom fehlenden Wachstum, meint aber die Arbeitsplätze. Warum soll mehr Energie eingesetzt werden, um menschliche Arbeit zu ersetzen? Das ist heute nicht mehr sinnvoll.» Eine weiteres Beispiel für die Fehlentwicklung ist die ‚Aldisierung‘: «Unter dem Druck der Konkurrenz werden die Preise im Detailhandel reduziert, es wird rationalisiert, Arbeitsplätze gehen verloren, die Lieferantenkette kommt unter Druck, die Qualität leidet ... Kurz, alle verlieren. Dadurch wird die Zweiklassengesellschaft gefördert. Wohlhabende können sich gute, teure Lebensmittel kaufen, ... die Mehrheit ist auf die tiefere Qualität aus der Industriehalle angewiesen.»

Aus diesen Überlegungen zieht *Leumann* den Schluss: «Die Wirtschaft muss wieder auf den Menschen ausgerichtet werden.» Konkret schlägt er drei Massnahmen vor:

1. Eine starke Besteuerung der Energie, des Verbrauchs; indirekt die Besteuerung aller importierten Güter nach grauer Energie und Begünstigung der Exporte nach gleichen Kriterien. Die Folgen wären Regionalisierung der Wirtschaft in einer «Insel Schweiz» wegen steigender Transportkosten und Aufwertung der Arbeit gegenüber der Energie. Vielleicht könnten die netto anfallenden Mittel für Sozialkosten sowie Bekämpfung der Armut im Ausland eingesetzt werden.
2. Bewertung menschlicher Arbeit nach echter Wertschöpfung.
3. Geld müsste wieder seinem ursprünglichen Zweck dienen. Das Horten und «Geld mit Geld machen» durch Abschaffung der Zinsen verhindern, statt dessen andere Anreize schaffen. Derartige Konzepte müssten wissenschaftlich untersucht werden.

Und schliesslich zieht *Leumann* das Fazit: «Ich glaube, wir müssen aufhören, über Wachstum zu reden. Wir müssen über Arbeitsplätze reden, wir müssen uns bemühen Arbeitsplätze zu schaffen. Und jede Anstrengung, die dazu verhilft, dass Arbeitsplätze geschaffen werden, müssen wir unterstützen. Für die nächsten 10 Jahre wird das unser wichtigstes Problem sein.»

Auch *Leumann* erwartet, als Folge des Ausgleichs zwischen den Ländern, dass der materielle Wohlstand sinken wird. «Das muss aber nicht zwingend heissen, dass auch die Lebensqualität sinken wird. Echte Lebensqualität hängt auch von den geistigen und sozialen Werten ab, die in der Lebensführung realisiert werden können. Voraussetzung ist allerdings, dass die mit sinkendem materiellem Wohlstand verbundenen Verteilungsprobleme gelöst werden können.»

III. Die Sicht der Gewerkschaften

Mit *Hugo Fasel*, *Paul Rechsteiner* und *Vasco Pedrina* haben wir mit drei wichtigen Exponenten der Schweizer Gewerkschaften gesprochen. Diese Männer haben langjährige Erfahrungen in der Führung ihrer Gewerkschaften und in der sozialpartnerschaftlichen Auseinandersetzung für die Rechte der Arbeitnehmer, die ihre Vorstellungen prägen.

1. Die Entwicklung der Schweizer Wirtschaft

Die Schweiz besitzt einige **gute Voraussetzungen**. Zu nennen sind:

- die vorzügliche **Infrastruktur**, der hohe Stand der **Ausbildung** in der Schweiz, gute Ergebnisse der Aussenwirtschaft (**Exportüberschüsse**).
- das verbreitete **Empfinden für soziale Gerechtigkeit**. *P. Rechsteiner*: «Die Kampagne zur Frage der Mindestlöhne hat gezeigt, dass die Gerechtigkeitsfrage die Gesellschaft und auch die Politik prägt», eröffnet den Gewerkschaften, wie bisherige Erfolge zeigen, Handlungsmöglichkeiten.
- Falls Korrekturen durch Regulierungen, etwa eine Sozialklausel möglich sind, kann die **Globalisierung** positive Auswirkungen haben. *V. Pedrina*: «Die Globalisierung kann ein Instrument werden, um Wohlstand zu vermehren, wahrscheinlich auch in Richtung Qualität, denn quantitativ kann die Rechnung nicht aufgehen. Es ist machbar, ich bin nicht pessimistisch.»

Allerdings gibt es auch viele **negative Vorbedingungen**:

- Der **neoliberale Mainstream**, obwohl ein Elitendiskurs und nie eine Massenbewegung, prägt die öffentliche Diskussion und Wirtschaftspolitik. *P. Rechsteiner*: «Es ist klar, dass auch in der Schweiz die Wirtschaftspolitik, die vom Seco, vom Volkswirtschaftsdepartment betrieben wird, eigentlich neoliberal geprägt ist. Der Wettbewerb ist gewissermassen zum Staatsziel geworden. Es geht nicht um Wohlfahrt für alle, wie es eigentlich in der Bundesverfassung stünde, sondern bezahlte Ideologen sind hier am Werke. Sie werden gehört, obwohl sie eigentlich dasselbe erzählen wie der Thinktank der Wirtschaft Avenir Suisse.»
- Die **Radikalisierung der Politik** führt zu einer Verschärfung der sozialen Beziehungen. Die Positionen und Entscheidungen sind weltanschaulich bedingt.

Negativ speziell für die Gewerkschaften wirken sich insbesondere aus:

- das **Fehlen gangbarer Sozialismusvorstellungen**; dieses Manko kann allerdings durch die Ausrichtung auf konkrete Ziele («Fixsterne») kompensiert werden.
- die traditionelle **Schwäche der Gewerkschaften im Dienstleistungsbereich**.

Eine weitere Voraussetzung, deren Auswirkungen noch nicht ganz klar sind, ist die **historische Wende im Schweizer Arbeitsmarkt**, von der Kontingenzierung zur Freizügigkeit.

Aufgrund dieser Vorbedingungen werden die **Aussichten der Aussenwirtschaft** positiv beurteilt, allerdings mit der Einschränkung, dass der Industriesektor zurückgeht und Wachstum kaum Arbeitsplätze schafft. *H. Fasel*: «Wer für den Markt eintritt, übernimmt auch die Verantwortung, dass wenn ein Unternehmen Gewinn macht, Beschäftigung entsteht. ... Nun sind wir in einer Realität, in der die Unternehmen grossartige Gewinne schreiben, die Beschäftigung jedoch trotzdem nicht ansteigt.»

Die Situation der **Binnenwirtschaft** wird **pessimistischer** gesehen; hier werden Betriebsschliessungen, Lohndruck und weitere Prekarisierung der Arbeit befürchtet, Entwicklungen, die schliesslich zum Entstehen rechtsradikaler Einstellungen in der Arbeiterschaft führen könnte. *V. Pedrina*: «Da kommt der Frust von Leuten, die viel arbeiten. ... Die Unzufriedenheit, und zum Teil auch die Gefahr, dass sie in den Händen der Rechtspopulisten landen, ist relativ gross.»

Wie kann man die Binnenwirtschaft stärken? Genannt werden vor allem drei Massnahmen:

- Eine Stärkung der Nachfrage durch steuer- und sozialpolitische Massnahmen, der **Übergang von einer Angebots- zu einer Nachfragewirtschaft**. *P. Rechsteiner*: «Die Binnensektoren sind abhängig von der Kaufkraft der Leute, und diese schlägt in der Breite durch. Die unteren und mittleren Einkommen sind letztlich entscheidend dafür.»
- **eine antizyklische Politik**.
- eine **Neuordnung** der Bereiche, die weder verlagerungsfähig sind noch ein grosses Rationalisierungspotential besitzen. *H. Fasel*: «Der tertiäre Bereich müsste neu geordnet werden. Erziehungsarbeit bleibt ewig eine personen-gebundene Dienstleistung. Auch das Gesundheitswesen kann man nicht wesentlich produktiver machen. Diese für die Zukunfts- und Wachstumsdiskussion wichtigen Fragen müsste man theoretisch bearbeiten ... wo ich immer staune, dass die Universitäten in diesem Bereich nicht viel beitragen.»

Zu den Forderungen der befragten Gewerkschaftler gehören noch, soweit sie nicht bereits aus den angeführten Argumenten hervorgehen:

- **Mehr berufliche Bildung und Weiterbildung**
- Bessere Möglichkeiten, sich in besondere Anforderungen und Arbeitsplätze einzuarbeiten
- die **Verteilung von Arbeitszeiten**, nicht nur im Sinne der bisherigen Auseinandersetzungen um Arbeitszeitverkürzung; z.B. mit Sabbaticals Gelegenheit zur Besinnung geben. *H. Fasel*: «...nicht in dem Sinne, länger frei zu machen oder Ferien zu bündeln, sondern damit die Leute sich einmal zurücknehmen können, zur eigenen Biografie ein wenig Distanz nehmen um sich neu ausrichten zu können. Flexibilität fällt ja nicht vom Himmel; ... ich muss mir überlegen können: wie benehme ich mich in dieser veränderten Welt.»

2. Die künftige Entwicklung des Wohlstandes

Ob ein Wohlstandsverlust eintreten wird, hängt nach Sicht der Gewerkschaftler weniger von der Wirtschaftsentwicklung als von der Verteilung ab:

- «Wenn sich weiterhin eine Wirtschaftspolitik nach den Prinzipien des Neoliberalismus durchsetzt, werden wir mit massiven Problemen konfrontiert sein ... wird es zu einem starken Rückgang des Wohlstandes kommen...» (*V. Pedrina*)
- «Wenn der Staat seine Umverteilungsaufgabe wahrnimmt, sollte das jetzige Niveau haltbar sein. Denn gefährdet sind ohnehin nur die unteren und mittleren Einkommen.» (*P. Rechsteiner*)
- «Die Frage lässt einen Punkt völlig ausser Acht, nämlich den der Verteilung. Verarmung ist wesentlich ein Verteilungsproblem. Das wird in der Schweiz systematisch ausgeblendet.» (*H. Fasel*)

IV. Stimmen aus dem Sozialwesen

1. Zur wirtschaftlichen Entwicklung

Mit *Ruth Lüthi* und *Monika Stocker* haben wir zwei Frauen befragt, die im Sozialwesen grosse Verantwortung tragen. Beide sind, was die Entwicklung der Schweizer Wirtschaft insgesamt, vor allem der Aussenwirtschaft anbelangt, optimistisch. Etwas skeptischer werden die Aussichten der Industrie beurteilt. Beide sehen die guten Voraussetzungen der Schweiz in starken Branchen wie Banken, Versicherungen und der pharmazeutischen Industrie sowie dem allgemein hohen Niveau von Forschung und Entwicklung. Die Konzentration auf wissensbasierte Bereiche verlangt hochqualifizierte Arbeitskräfte.

Das niedrige Lohnniveau anderer Länder führt allerdings zur Gefahr, dass eine grosse Zahl von Arbeitsplätzen für weniger gut Qualifizierte abgebaut wird, des «jobless growth». *M. Stocker*: «Auch, wenn vermehrt wieder Wachstum da sein wird, wird es ein Wachstum ohne Jobs bleiben.» Gefahren werden auch in der Entstehung immer grösserer Unternehmen gesehen. *R. Lüthi*: «Es ist nicht gut, dass sich wirtschaftliche Akteure zu immer grösseren Einheiten zusammenschliessen. Die riesigen Konzerne und miteinander verflochtenen wirtschaftlichen Gebilde sind unübersichtlich, und man weiss kaum noch, wer was wo entscheidet. Diese Strukturen erlauben es den wirtschaftlichen Akteuren, sich hinter der Globalisierung zu verstecken. Zu Entscheidungsträgern werden die anonymen Finanzmächte.»

Um die Zukunft zu sichern werden die folgenden Massnahmen vorgeschlagen:

1. Schaffung von Arbeitsplätzen, auch von 50% und 30% Stellen, für weniger gut Qualifizierte, z.B. «im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen.» (*M. Stocker*)
2. Stärkung des dualen Ausbildungssystems. Ein Anreizsystem zur Ausbildung für die Betriebe.
3. Gelegenheit zum vorübergehenden Aussteigen schaffen. *M. Stocker*: «Dass man im Laufe seiner Arbeitsbiographie auch einmal müsste eine Pause machen können, aussteigen können, ohne kündigen zu müssen. Die Work-Life-Balance der Mitarbeitenden sollte den ArbeitgeberInnen wichtig sein.
4. «Wir müssen gegen Kartelle antreten, und Fusionen müssten deshalb kritisch überprüft werden.» (*R. Lüthi*)
5. Bildung von regionalen Zusammenschlüssen über die Kantons- und Landesgrenzen hinweg.

2. Zur Entwicklung des Wohlstandes in der Schweiz

Beide Befragte erwarten, als Folge des Ausgleichs mit anderen Ländern, wenigstens **für einen Teil der Bevölkerung einen Verlust an Wohlstand, für einen anderen Stagnation**. Eine Minderheit «wird ihren Wohlstand beträchtlich vergrössern können. Das kollektive Aufstiegsdenken – «wer etwas leistet, kann seinen Wohlstand immer vermehren»- wird sich im neuen Jahrhundert nicht fortsetzen können. Ein grösser werdender Teil der Gesellschaft wird mit Einschränkungen leben müssen.» (*M. Stocker*) **Die Umverteilung von unten nach oben ist klar schon im Gang, aber tabu.** *M. Stocker:* «In der Politik ist sie noch tabu ... und die Bevölkerung will es nicht wahrhaben. Obwohl es ja ganz offensichtlich ist, wie z.B. die markante Zunahme von Menschen in der Sozialhilfe und der gleichzeitige Zuwachs an Spitzenverdienern belegen. Politisch werden diese Fakten verbrämt, von links und von rechts. Den «Verlierern» wird eine individuelle, persönliche Schuld zugewiesen, obwohl die strukturellen Faktoren dieser Entwicklung offenkundig sind.»

V. Bundesbehörden

Hier haben wir Gespräche mit den Leitern bzw. der Leiterin von wichtigen Bundesämtern, *Peter Hablützel*, *Jean-Luc Nordmann*, *Ursula Renold* und *Yves Rossier* geführt. Am Gespräch mit *Yves Rossier* nahm zudem *Ludwig Gärtner* teil.

1. Zur Wirtschaftsentwicklung

Ganz allgemein lässt sich feststellen, dass die Meinungen in dieser Gruppe weniger einheitlich sind. Genannt wird als historische Grundlage der gegenwärtigen Situation, dass die Schweiz sich anders als andere europäische Länder entwickeln konnte. «Die Schweiz war in den letzten 30 bis 40 Jahren dem Rest von Europa bezüglich des materiellen Standards weit voraus. Da wird es schon eine Angleichung geben. ... Wir haben die sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen von zwei Kriegen nachzuholen. Der Einstieg des Staates in die Wirtschaft und der Sozialstaat waren wahrscheinlich die wichtigsten Entwicklungen, die die europäischen Gesellschaften geprägt haben.» (*Y. Rossier*)

Davon abgesehen, gibt es positive Voraussetzungen und Erwartungen:

- Als Bedingung für eine künftige positive Entwicklung werden das heutige und auch zukünftige **Wachstumspaket des Bundesrates** und die bilateralen Verträge (**Freizügigkeitsabkommen**) mit der EU gesehen: «Es geht der Schweizerischen Wirtschaft weiterhin gut und es wird keine Wohlstandsverluste geben – ich spreche nicht von relativ, sondern bezogen auf unseren heutigen Stand. Im Gegenteil, es wird noch mässige Gewinne geben, sofern wir die Wachstumspakete ... wirklich konsequent realisieren. ... die Abstimmung über die Freizügigkeit ist die wichtigste, die wir in den letzten 10 Jahren auch mit Blick auf die Zukunft hatten.» (*J.-L. Nordmann*)
- Erwartet wird ein **grösseres Gewicht der Frauen** in der Wirtschaft.
- Erforderlich ist ein **Anstieg des effektiven Rentenalters**.
- Ein grosser Vorteil ist vor allem die allgemeine Kraft der Schweizer Wirtschaft. *Y. Rossier*: «Wir haben den grössten Börsenkrach gehabt, 40% Wertverlust an den Börsen. Unsere zweite Säule, die sich einzig darauf stützt, hat das aufgefangen. Ich meine, das ist ein Wunder! Da ist eine Riesenanpassungsfähigkeit ...»
- Schliesslich muss mehr Wettbewerb nicht unbedingt zu mehr Druck auf die Sozialsysteme führen: «Das mag bei sehr entwickelten und ausgebauten sozialen Sicherungssystemen so sein. Aber global war es bis jetzt historisch so, dass wirtschaftliche Entwicklung immer auch eine Entwicklung des sozialen Standards bedeutet hat.» (*L. Gärtner*)

Aber es gibt natürlich auch negative Voraussetzungen und Entwicklungen.

- Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung, wird deutlich, dass die Schweiz «allzu lange eine gute Zeit hatte und es vielleicht verlernt hat, mit Krisensituationen umzugehen.» (*U. Renold*). Darunter könnte die internationale Konkurrenzfähigkeit leiden.
- Die grösste Herausforderung besteht darin, genügend Ausbildungsplätze zu schaffen. Angesichts der Tertialisierung der Wirtschaft gewinnt das abstrakte Denken und Handeln zunehmend an Bedeutung. *U. Renold*: «Finden wir in Zukunft für diese Jugendlichen mit einem schlechten schulischen Rucksack, einem Migrationshintergrund oder sonstigen sozialen Problemen einen geeigneten Einstieg in diese Erwerbswirtschaft, angesichts dessen, dass viele Tätigkeiten immer abstrakter werden?»
- Ein weiteres Hauptproblem ist die Zunahme der nicht-erwerbstätigen aktiven Bevölkerung.
- Schliesslich wird befürchtet, dass sich der Arbeitsmarkt vom Aufschwung abkoppelt. «Wir sind auch da noch relativ bevorzugt ... wenn wir an Deutschland denken. Etwas in Schwarz-Weiss gesagt: der Erfolg der Gewerkschaften in Deutschland führt am Schluss zum Niedergang der Volkswirtschaft ... Niemand mehr richtet einen Arbeitsplatz ein.» (*P. Hablützel*)
- Schliesslich wird befürchtet, dass die negativen Erwartungen der älteren Generation zu einer sich selbsterfüllenden Prophezeiung werden könnten: «Die ältere Generation ... neigt dazu, zu denken, dass es für die, die dann kommen, viel schwieriger sein wird ... Und diese Haltung prägt auch jetzt die Diskussion, auch über den Sozialstaat ... prägt auch die soziale Wirklichkeit. Wenn die Mehrheit der aktiven Bevölkerung von der Überzeugung ausgeht, dass es morgen schwieriger sein wird, dann wird es auch schwieriger.» (*Y. Rossier*)

Was die Zukunft anlangt, stellt *P. Hablützel* eine grundsätzliche Forderung: «Ich plädiere für alle Formen des Reflektierens von Handeln und Nichthandeln. Und das beginnt bei der Bildung. Und Reflektieren heisst für mich auch die ethische Dimension. Wie viel Liberalität, wie viel Markt kann man ertragen, wo sind die Grenzen? In diesem Sinne bin ich auch ein Vertreter der sozialen Marktwirtschaft, das war ich vor dreissig Jahren nicht.»

Und konkret werden gefordert:

- die Öffnung gegenüber Europa
- das Bildungssystem zu vereinfachen
- eine Reform des Föderalismus
- die Lösung des Verteilungsproblems, z.B. in Anbetracht der Lohnspanne in Grossbetrieben
- und schliesslich Realisierung des bundesrätlichen Wachstumsprogramms.

2. Zur künftigen Entwicklung des Wohlstandes

Hier bestehen verschiedene Erwartungen:

- dass der Wohlstand noch steigt, sofern ... (siehe oben, Zitat *Nordmann*);
- dass ein Wohlstandsverlust eintritt, wenn sich der Binnenmarkt nicht wandelt.
U. Renold: «Das wird wahrscheinlich schwierig zu kontrollieren sein, vor allem bezüglich der damit verbundenen sozialen Spannungen ... Ich bin nicht pessimistisch. Aber wenn es nicht gelingt, im ganzen europäischen Arbeitsmarkt Fuss zu fassen, wird es ziemlich schwierig werden.»
- dass eine Angleichung der anderen Länder eigentlich positiv ist, da der Wohlstand der Welt kein Nullsummenspiel ist. «Nehmen Sie ein gutes Beispiel: die 600 Milliarden der zweiten Säule werden jetzt mehr und mehr im Ausland investiert.» (*Y. Rossier*) Aber das Weltwachstum ist durch ökologische Ressourcen limitiert; hier besteht die Möglichkeit eines «ökologisch motivierten Verteilkampfes zwischen den Ländern – der eigentlich schon im Gange ist.» (*L. Gärtner*)

VI. Meinungen aus den Wissenschaften

Gesprochen haben wir mit *Hans Peter Burkhard, Hans Geser, Regula Stämpfli, Christoph Stückelberger, Norbert Thom* und *Rudolf Volkart*. In dieser Gruppe sind Meinungen und Vorstellungen entsprechend den verschiedenen Disziplinen der Gesprächspartner sehr unterschiedlich. Man kann ja auch kaum erwarten, dass die Vorstellungen eines Sozialethikers sich mit denen eines Betriebswissenschaftlers decken.

1. Zur Wirtschaftsentwicklung

C. Stückelberger entwickelt ganz eigene Gedanken, die wir deshalb im Zusammenhang wiedergeben. Er lehnt das neoliberale Credo «mehr Wettbewerb, weniger Staat» ab. Statt dessen geht er von einer ethisch begründeten Frage aus: «Was sind die Grundwerte und Ziele, die wir zu verteidigen haben, die wir anstreben? Sozialer Friede, Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Solidarität ... wir definieren jetzt zehn Grundwerte, an denen wir uns orientieren sollten. Und dann stellt sich die Frage «mehr Markt oder mehr Staat» anders: Wenn mehr Markt zu mehr Gerechtigkeit und mehr Freiheit und mehr Nachhaltigkeit führt, dann ist das ein vertretbarer Weg. ...Wenn die staatliche Regulierung zu diesen Grundwerten verhilft, dann ist eben das der Weg. Und das kann nicht für alle Sektoren beantwortet werden, sondern muss in jedem Sektor – Arbeitsmarktpolitik, Umweltpolitik usw. – gezeigt werden. Alle Modelle, auch Wirtschaftsmodelle, die einen oder zwei dieser Grundwerte verabsolutieren, scheitern. Wenn wir Freiheit verabsolutieren, kann das nicht gut kommen. Wir müssen eine Balance zwischen diesen Werten erreichen.»

Auch aus anderen Gründen stellt er die ökonomischen Grundannahmen in Frage: «Etwas ist falsch am ökonomischen Modell, wenn es nicht hinterfragbar ist ... Nullwachstum muss ökonomisch möglich sein, wenn es ökologisch unabdingbar ist. ... Nur 3% der weltweiten Produktivität beruht auf der menschlichen produktiven Tätigkeit, 97% ist Produktivität der Natur. Und von den verbleibenden 3% ist ... wieder 1% Hausarbeit. Die ökonomischen Wachstumskalkulationen müssten also eigentlich das Total der Produktivität berücksichtigen ... Wenn wir diese Art von Vollrechnung machen würden, kämen wir mit Sicherheit auf eine andere Verteilung. Zum Beispiel würde es dann heissen, dass sozialer Friede, soziale Stabilität ein Produktivfaktor ist.»

Was die **Ausgangslage der Schweiz** in der gegenwärtigen Entwicklungsphase der Weltwirtschaft anbelangt, sehen auch die befragten Wissenschaftler **Vorteile** vor allem

- im hohen Stand der materiellen Infrastruktur.
- dem gegebenen Bildungsniveau.
- der bisher guten Leistungsbilanz und
- in der internationalen Ausrichtung der Banken und Versicherungen.

Wesentlich mehr, und z.T. auch Neues, wird zu den **Nachteilen bzw. Schwächen** gesagt. Wie schon von Anderen, werden zunächst

- die hohe **Regulierungsdichte**,
- die Finanzierungs (Kredit)- Probleme der KMU,
- die **steigende Staatsquote** und eine
- Demotiviertheit und abnehmende Bereitschaft zur Leistung («Freizeitorientierte Schonhaltung») (*N. Thom*) angeführt: «In der Motivation, in der Bereitschaft zu leisten haben wir ein Problem. Deshalb ist der Produktivitätsfortschritt auch nicht absolut gesichert.»
- Befürchtet wird der zu einer **Entartung des Föderalismus** führende kantonale Egoismus,
- besonders gerügt wird der **Mangel an sozialer Chancengleichheit im Bildungssystem**.

Daneben aber werden eine Reihe von besonderen Beobachtungen angeführt:

- *Regula Stämpfli* sorgt sich um eine **Stagnation des politischen Lebens** und den **Verlust der Identität**:
«Es gibt auch in der Schweiz Anzeichen einer Belgisierung. Das heisst ein Auseinanderfallen gemeinsamer Interessen. Die Schweizer haben zwar eine politische Identität insofern als es um die direkte Demokratie und die Naturschönheit des Landes geht. Was aber die politischen Interessen und weiterreichenden Ziele betrifft, so haben die Schweizer wenig Identitäten. Dies sicher nicht zuletzt weil die politischen Diskussionen darüber, wohin das Land soll, auch blockiert sind. Was sind die Ziele, was macht das Land überhaupt aus? Was sind unsere nationalen Interessen? Was passiert mit der Altersvorsorge, was mit der Verkehrsinfrastruktur? Was geschieht mit der Europäischen Union? Finden wir ein Verhältnis? Und dass wir ein Verhältnis brauchen, ist sicher. Ob uns das nun passt oder nicht. Diese grossen Projekte, sie finden nicht statt. Politisch findet man nicht einmal einen Konsens darüber, was die grossen Projekte sein könnten. Ich wünschte mir, es gäbe in diesem Land endlich einmal eine offene Diskussion darüber.»
- Zur Erklärung der **Wettbewerbsschwäche auf dem Binnenmarkt** verweist *N. Thom* auf die schweizerische Neigung zum Kompromiss und zu

Absprachen: «Das ist nicht kontrollierbar, da läuft ganz viel in verschiedenen Branchen. Man beobachtet sich gegenseitig. Man möchte nicht den Zweiten machen. Man will sich lieber absprechen. Also nicht aufs Ganze setzen, also Gewinner oder Verlierer, sondern wir können auch beide leben. Wir helfen uns und wir steuern uns.»

- Schliesslich wird darauf hingewiesen, dass gerade in jenen Bereichen der Binnenwirtschaft, die in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden (wie z.B. das Gesundheits- und Bildungswesen), Steigerungen der Produktivität nur begrenzt möglich sind.
- *H. Geser* beobachtet eine **Expansion des nichtberuflichen, freiwilligen Sektors**, die Arbeitsplätze vernichtet. «... z.B. die Software-Entwicklung: Microsoft hat nur einen Konkurrenten, das ist nicht eine andere Firma, sondern die Open-Source-Entwicklung, die nicht auf beruflicher Basis stattfindet, ... sondern von Leuten, die sonst eine Anstellung haben. Das vernichtet Stellen. Die Gratisangebote in diesem Bereich sind gewaltig gross, es gibt kaum Spielräume für neue Firmen, die dort Geld machen können.»

Das ist allerdings keine Schweizer Besonderheit, sondern eine weltweite Erscheinung als Teil der Globalisierung. Diese, so sehen es auch die befragten Wissenschaftler, erzeugt

- einerseits neue Optionen, aber andererseits
- erhöhten Konkurrenzdruck;
- bewirkt Abwanderung von Betrieben und damit Deindustrialisierung
- Druck auf Löhne und Preise, wobei man allerdings feststellen kann, dass die Preise aufgrund des technischen Fortschritts real vielfach schon sehr gefallen sind: «... ein Computer hat vor 10 Jahren noch Fr. 6000.– gekostet, jetzt Fr. 2000.–; aber wenn man die Leistung vergleicht, ist er um das hundertfache billiger geworden. Generell würde man sagen: Unser Wohlstand wird steigen.» (*H. Geser*)

Insgesamt führt die Entwicklung zum Verlust von Arbeitsplätzen. *H. Geser*: «Wo entstehen neue Arbeitsplätze? Das Fazit ist, dass in fast allen Branchen Arbeitsplätze abgebaut werden. Man sieht kaum boomende neue Branchen, wo man mit Sicherheit sagen könnte, hier entstehen neue Arbeitsplätze.» Wie kann man da Abhilfe schaffen? Da dies Folgen der Globalisierung sind, müssten auch die Massnahmen global sein. *H.P.Burkhard*: «Nötig sind Regeln über die Abwicklung wirtschaftlicher Vorgänge in einer globalisierten Wirtschaftsumwelt. Wir haben immer noch nach nationalen Strukturen aufgebaute Rechtsordnungen und merken, wie das zunehmend nicht mehr genügt.»

Was allerdings die **Beziehung zur EU** betrifft, stellt *N. Thom* fest, dass viele ihrer Regeln mehr oder weniger schnell übernommen werden: «... die Schweiz tritt nicht formell bei, sie tritt peu à peu bei und merkt gar nicht, dass sie Mitglied ist. Man macht immer mehr Einzelverträge ... Und man wird immer mehr eingebunden, wirtschaftlich integriert ist man ja ohnehin in extremem Masse.» Ein offener Beitritt hätte überdies auch negative Folgen: «Selbstverständlich hätte der Beitritt ... vor allem auch eine Erhöhung des Zinsniveaus zur Folge, und damit natürlich eine Erhöhung der Mieten – um 30% denke ich.» (*H. Geser*)

Wie wird sich all das auf die künftige **soziale Entwicklung** auswirken? Hier gibt es vor allem skeptische Stimmen: «Ich habe am meisten Angst für Gruppen, die keine Perspektive mehr sehen. Das ist ein weltweites Problem. Wenn wir ... auf zwanzig, dreissig Jahre ökonomische Loosers kreieren, sind wir in einer sehr, sehr schwierigen sozialpolitischen Krisensituation.» (*Regula Stämpfli*). «Was wir überall beobachten, dass wir ein Auseinanderdriften haben der Habenden und Nichthabenden, der Begüterten und der weniger Begüterten, das Ausdünnen der mittleren Schicht des Bürgertums ... Ich glaube, die Verarmung im untersten Bereich ist grösser, als wir uns das wahrscheinlich vorstellen.» (*R. Volkart*) Um diese Entwicklung zu korrigieren schlägt *C. Stückelberger* vor: «Wir können die Armutsbekämpfung nicht leisten, wenn wir nicht auch das heisse Eisen der Reichtumsbegrenzung angehen. ... zum Beispiel Obergrenzen definieren, aber immer noch mit genügend Spielraum ...»

Und hier schliesslich noch weitere wichtige Forderungen dieser Gruppe:

- **Keine Isolationspolitik**, die Integrationsfrage lösen
- die **Exportfähigkeit fördern**
- das **Steuersystem vereinfachen** und modifizieren (Frage der Einführung einer Erbschaftssteuer)
- **Abbau unnötiger**, die Wirtschaft hemmender **Regeln**
- eine **Föderalismusreform** und schliesslich
- **Förderung der Bildung auf allen Stufen.**

2. Die Entwicklung des Wohlstandes

Zu dieser Frage wurde in vorigen Abschnitt schon einiges gesagt. *H. Geser* sieht den realen Wohlstand künftig sogar noch steigen. Auch *H.P. Burkhard* erwartet keinen Wohlstandsverlust: «Es gibt immer ein gewisses Auf und Ab. Das hängt damit zusammen, dass die Schweiz die positiven oder negativen Entwicklungen anderer Länder mitmacht. Insgesamt aber hat unser Wohlstand in den letzten Jahrzehnten immer zugenommen. ... Insgesamt bin ich optimistisch. Wir müssen

aber einen nachhaltigen Wohlstand anstreben.» Alle anderen Mitglieder dieser Gruppe erwarten einen mässigen Rückgang des Wohlstandes der Schweiz durch Angleichung zwischen den Ländern und Erdteilen. «Ich denke, dass dieser Move stattfinden wird, dass es sehr vielen wohlstandsmässig schlechter gehen wird.» (*R. Volkart*) Dieses Thema ist in der Politik tabu. *C. Stückelberger*: «Ich habe kürzlich mit Leuten aus der SP gesprochen, die sagen: darüber darf man nicht sprechen, denn es gefährdet jedes politische Mandat, wenn man als Politiker so etwas sagt.»

Bei dem dann immer noch hohen Niveau der Schweiz müsste diese Angleichung an und für sich nicht tragisch sein. *H.P. Burkhard*: «Ich halte es nicht für sehr wichtig, ob wir im Vergleich mit anderen Ländern den 3., 5. oder 7. Platz einnehmen.» Entscheidend für die Auswirkungen wird aber sein, wie der Abbau erfolgt. Erfolgreich könnte der Prozess verlaufen, wenn

- die Anpassung langsam und über einen grösseren Zeitraum erfolgt.
- eine Verteilung möglich ist, die vom Volk als gerecht empfunden wird. *C. Stückelberger*: «Die Zufriedenheit hat nur selten mit dem effektiven Niveau des Wohlstandes zu tun, sondern vielmehr mit der Vergleichbarkeit ... Ich denke, ein Weg, den wir in der Schweiz doch in den letzten 150 Jahren eingeübt haben, ist der der Konkordanz. Die Idee der Sozialpartnerschaft, der Konkordanz, sind auch hier Grundmuster, die helfen können.»

Wenn dies gelingt, kann die Verminderung des Wohlstandsgefälles zwischen den verschiedenen Ländern sogar positive Auswirkungen haben, da sie der Friedenssicherung dient. Weniger materieller Wohlstand dient auch der ökologischen Nachhaltigkeit. – Allerdings gibt es Gefahren für eine solche Lösung:

- «Der wachsende Individualismus, «wo jeder auf seine eigenen Interessen schaut und das Gemeinwohl an 4. oder 5. Stelle kommt.» (*C. Stückelberger*)
- Die «Abkoppelung der Politik von den Leuten ... Die Leute sagen – ich zitiere jetzt wörtlich – ich erwarte einen Knall, und die Politiker mag ich nicht mehr anschauen.» (*R. Volkart*)
- Das Unvermögen der politischen Strukturen, die dieser Aufgabe vielleicht nicht gewachsen sind.

Gelingt eine Lösung nicht, müssen wir **gefährliche Verteilkämpfe** erwarten; sie haben z.T. schon begonnen, und die heute in der Schweizer Politik sichtbare Blockade ist eine erste Folge.

VII. Diskussion

Angesichts der Vielzahl und Vielfalt der in den Interviews geäußerten Gedanken beschränke ich mich in dieser Diskussion auf einige Punkte, die uns besonders wichtig erscheinen.

1. Zur wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz

1.1. Ausgangslage: die Schweiz in der Globalisierung

In der Beurteilung dieser Situation besteht zwischen unseren 22 InterviewpartnerInnen eine gewisse Einigkeit. Insbesondere die Ausgangsposition der Schweiz und die Chancen und Risiken der Globalisierung werden recht ähnlich beurteilt. Viele von ihnen gehen auch davon aus, dass die Aussenwirtschaft sich gut hält, während die Binnenwirtschaft Schwächen zeigt. Das spiegelt sich z.T. in der unterschiedlichen Entwicklung des Bruttosozialproduktes (BSP) und des Bruttoinlandproduktes wider. (*Binswanger, 2004*)

1.2. Gute Chancen der Aussenwirtschaft, mit Risiken für den Arbeitsmarkt

Die Schweiz mit ihren hochentwickelten Wirtschaftszweigen befindet sich, insbesondere was die Aussenwirtschaft anbelangt, in einer guten Ausgangsposition, darf allerdings die weitere Entwicklung nicht versäumen. Das bedeutet vor allem

- **Steigerung der Produktivität durch Tertialisierung**, also Fortschreiten auf dem Wege zur wissensbasierten Wirtschaft
- **Beweglichkeit** und **Grösse** des Unternehmens sind Erfolgsfaktoren im globalisierten Wettbewerb. Die in der Aussenwirtschaft tätigen Schweizer Unternehmen müssen, je nach ihrer Situation, beide Vorteile nutzen. «Flexibilität» ist dementsprechend eine Hauptforderung.

Nun zu den **Risiken**:

- **Börsenkotierte Unternehmen** (das sind die meisten der grossen) sind von den Bewertungen des Kapitalmarktes abhängig. In diesen schlagen sich allein der wirtschaftliche Erfolg, nicht aber die sozialen Anstrengungen der Unternehmen nieder, (wenngleich soziale Sünden oft deutlich bestraft werden). Das kann aus sozialen Gründen Anlass zu einer skeptischen Beurteilung des Trends zur Vergrößerung der Unternehmen geben. Demgegenüber zeigen wissenschaftliche Untersuchungen allerdings, dass grössere Unternehmen mehr gezielte Massnahmen im sozialen Bereich treffen. Die KMU dürften dagegen mehr Vertrauen bei ihren Mitarbeitern geniessen.

- Produktivitätssteigerung bedeutet vielfach den **Einsatz von mehr Energie und Einsparung von menschlicher Arbeit**. Wirtschaftszweige und Arbeitsprozesse, in denen das nicht möglich ist, sind von der **Auslagerung und Abwanderung** bedroht, insbesondere da die Raumüberwindung (Transport und Kommunikation), z.T. auf Kosten der ökologischen Ressourcen, vergleichsweise billig und einfach ist. Das könnte sich allerdings in Zeiten zunehmender Verteuerung der Energie ändern.
- Wenn sich die Lohnstrukturen in den zunächst aufgesuchten Ländern anpassen, werden die wirtschaftlichen Prozesse weiterwandern (zu beobachten bereits in der Abwanderung von früher ausgelagerten Dienstleistungen von Indien in noch billigere Länder).
- Ein weiterer Faktor, der die Abwanderung begünstigt, ist der Wunsch oder die Notwendigkeit, **mit der Produktion den Märkten zu folgen** (man denke an das Marktpotential Chinas).
- Es besteht aber die **Gefahr, dass Dienstleistungen und Know-how diesen ausgelagerten Prozessen folgen** und später nicht mehr zurückkehren.
- **Opfer** dieser Vorgänge sind die schlecht qualifizierbaren Arbeitskräfte, und insgesamt besteht die Gefahr des **Wirtschaftswachstums ohne Arbeitsplätze** («jobless growth»).

1.3. Stagnation der Binnenwirtschaft

Schlechter werden die Aussichten der Binnenwirtschaft beurteilt. Zwar können viele ihrer Angebote nur ortsgebunden erbracht werden, so dass sie, wenn ein Lohndumping durch zuwandernde Arbeitskräfte vermieden werden kann, relativ geschützt erscheint. Bemängelt werden aber vor allem zwei Schwächen, nämlich geringes Wachstum und fehlender Wettbewerb.

1.3.1. Das Problem der Wachstumsschwäche

Mit Bedenken wird registriert, dass **die Produktivität stagniert**; das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner (BIP) ist in den letzten Jahren nur schwach gewachsen. Diese Meinung wird in der Öffentlichkeit ständig vertreten und konnte fast als herrschende Lehre betrachtet werden; fast alle redeten von der Wachstumsschwäche.

Dieser Sachverhalt wird in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion überwiegend bestätigt, teils aber auch bestritten:

- *Mugglin* (2005), der sich gegen die Schwarzmalerei vieler Ökonomen und Politiker wendet, weist in Anlehnung an eine Studie der ETH-Konjunkturforschungsstelle KOF (*Abrahamson* u.a., 2003; nach *Mugglin*, 2005) darauf

hin, dass die Schweiz wesentlich besser dasteht, wenn man auf das BIP pro Arbeitsstunde abstellt; dann erzielt sie ein normales Wachstum. Danach wäre in den letzten Jahren einfach weniger gearbeitet worden. In die gleiche Richtung gehen auch die Argumente von Meier (2005).

- *Binswanger* (2004) hat wiederholt darauf hingewiesen, dass das Bruttosozialprodukt BSP, welches alle, auch die im Ausland erbrachten Leistungen berücksichtigt, schneller als das BIP gewachsen ist. Dem entspricht die Argumentation von Kohli (2005, nach *Mugglin* 2005), der die günstigen *terms of trade* (Wert der Austauschverhältnisse Import/Export) der Schweiz betont. – Allerdings steht die Schweiz auch bei Verwendung dieser Messgrößen nicht besonders gut da.

Alles das würde erklären, warum wir eigentlich noch gar nicht richtig gemerkt haben, wie schlecht es uns geht. Warum dann die Unkenrufe der letzten Jahre? Aber wie gesagt, das Problem ist strittig. Vielleicht ist diese ganze Diskussion aber auch überholt, denn während ich dies schreibe (Frühjahr 2006) sind die Wachstumsmeldungen wieder günstig.

- Schliesslich wird in einigen Interviews auch zu Recht angeführt, dass in vielen Bereichen (etwa im Bildungswesen oder der Krankenpflege mit ihren personengebundenen Dienstleistungen, aber auch im gewerblichen Sektor) *Produktivitätssteigerungen nur begrenzt oder gar nicht möglich sind*.

1.3.2. Fehlender Wettbewerb?

Es wird kritisiert, dass in vielen Bereichen **zuwenig Wettbewerb** herrscht, der Veränderungsdruck erzeugen und die Wirtschaft fit machen würde. Das ist ja auch ein Standardargument in der wirtschaftspolitischen Diskussion.

- Grundsätzlich ist nicht zu bestreiten, dass Wettbewerb die Wirtschaft stärken, die Unternehmen fit machen und Innovationen fördern kann; darin liegen grosse Vorteile. Zudem ist es im Kontext der Globalisierung schwierig, dem Wettbewerb auszuweichen.
- Es ist aber auch eine unbestreitbare Tatsache, dass Unternehmer den Wettbewerb aus naheliegenden Gründen meist nicht lieben; er wird ihnen aufgezwungen. Dementsprechend fördern auch die Zugpferde der Schweizer Aussenwirtschaft, Chemische Industrie und Finanzinstitute, den Wettbewerb wohl nur bedingt, und die Wirtschaftslobby verhindert eine starke Kartellbehörde. Es sind überwiegend Wissenschaftler, Politiker und Journalisten, die das hohe Lied vom Wettbewerb singen.
- Dabei wird oft übersehen, dass Wettbewerb als eine Form des Kampfes nicht nur Vorteile sondern auch Nachteile mit sich bringt: «Im Wettbewerb gibt es neben Gewinnern jedoch immer auch Verlierer, denen unter Umständen geholfen werden muss. Strukturanpassungsmassnahmen verschlingen aber Steuer-

mittel. Wie steht es dann mit der erklärten Absicht zur Reduktion der Steuerbelastung? Die kurz- und längerfristigen Auswirkungen einer Intensivierung des Wettbewerbs sind daher sorgfältig zu prüfen. Mehr Wettbewerb bringt nicht zwingend rasch mehr Wachstum.» (Schips, 2004)

- Was nun die latente, aber deutliche Abneigung in der Schweizer Binnenwirtschaft gegen den Wettbewerb anlangt, wird oft übersehen, dass sich in der Schweizer Vergangenheit oft **Kooperation und Solidarität als erfolgreiche Strategien der gemeinsamen Bewältigung existentieller Schwierigkeiten** bewährt haben; das hat die Schweizer soziale Kultur, ihre Wertvorstellungen und Einstellungen tief geprägt. (Der Erfolg der Raiffeisenbanken in den letzten Jahren dürfte z.B. mit diesen Einstellungen zusammenhängen – man denke etwa an das Prinzip: das Geld des Dorfes soll im Dorf eingesetzt werden.)
- Diese Werthaltungen erscheinen auch wissenschaftlich nicht unbegründet: unter psychologischem und sozialem Blickwinkel ist Wettbewerb eine im Vergleich zur Kooperation eher primitive Form der Interaktion.
- Diese Werthaltungen sind auch die **Grundlage der für die Schweizer Wirtschaft so wichtigen Friedenspflicht zwischen den Sozialpartnern.**
- **Die zur Zeit die Politik dominierende neoliberale Forderung nach mehr Wettbewerb in der Schweiz**, so berechtigt sie in vielen Fällen sein mag, **widerspricht also tief verwurzelten sozialen Vorstellungen. Unter diesen Umständen erstaunt es, dass so wenig versucht wird, zur Behebung der binnenwirtschaftlichen Stagnation an den alten Tugenden der Kooperation anzuknüpfen.** Einer der Gründe dafür könnte sein, dass die vorherrschende Strömung der Nationalökonomie mit den Phänomenen der Kooperation und Solidarität nicht viel anzufangen weiss.
- **Kartelle und Absprachen** aber sind quasi **die negative Kehrseite der Kooperation und Solidarität**, der Neigung, sich abzusprechen und auch den Anderen leben zu lassen.
- Produktivitätssteigerungen erfolgen in diesem System auf einem sanften Weg, durch Beispiel und Aufklärung.
- Ich glaube deshalb, dass es auch in Zukunft kaum gelingen wird, die Binnenwirtschaft auf einen Wettbewerb etwa im amerikanischen Sinne einzustellen.

Meine Schlussfolgerung:

1. Wettbewerb ist ein wichtiges Mittel der Wirtschaftsförderung unter anderen, aber kein Allheilmittel für jedes gesellschaftliche Problem.
2. Er ist richtig in dem Masse, wie er gesellschaftsdienlich ist; und dieses Mass muss in unserer Demokratie immer wieder ausgehandelt werden.

1.4. Die Altersstruktur der Bevölkerung

Dass sich die Altersstruktur der Schweizer Bevölkerung verändert, ist eine Tatsache. Das Wort Überalterung trifft den Sachverhalt schlecht, denn **es gibt nicht zu viele alte, sondern zu wenig junge Menschen**. Hinzu kommt die starke Tendenz zur Frühpensionierung vor allem bei den besser Verdienenden. Die negativen Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes liegen auf der Hand: in absehbarer Zeit werden Arbeitskräfte fehlen.

Es ist unklar, wieweit diese Lücken durch **Einwanderung** aus anderen Ländern geschlossen werden können:

- Die vom Bundesrat beschlossene **Einwanderungspolitik** begünstigt Menschen aus Ländern, die an den gleichen demographischen Problemen leiden
- Die **Bereitschaft zur Auswanderung** in diesen Ländern ist begrenzt.
- Die **Integrationsbemühungen** der Schweiz sind unzureichend.
- Insgesamt halte ich es für nötig, das **faktische Rentenalter** heraufzusetzen (Problem der Frühpensionierung).
- Die Erhöhung des **gesetzlichen Rentenalters** ist hingegen nicht dringend.

Die Anforderungen an die Unternehmen, die sich aus dieser Problematik ergeben, sind an verschiedenen Stellen erörtert worden (*v. Cranach u. A., 2004; v. Cranach u. Winkler, 2005; Clemens u. A., 2005*). Erforderlich sind vor allem

- die **Bereitschaft der Unternehmen** zur Beschäftigung älterer Menschen
- Anpassungen in der **Arbeitsgestaltung** und **Arbeitsorganisation**
- **frühzeitige Massnahmen in der Weiterbildung** sowie
- Veränderungen in der altersbedingten **Kostenstruktur** (Ältere sollten nicht teurer als jüngere sein)
- und schliesslich ein stärkerer **Einbezug der Frauen** durch echte Gleichstellung im Betrieb.

Solange jedenfalls ältere Arbeitslose nur geringe Chancen haben, einen Arbeitsplatz zu finden, dürfte eine Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters politisch nicht durchführbar sein.

Wir sollten aber auch nicht übersehen, dass die Veränderung der Altersstruktur eine Herausforderung der Politik in vielen Bereichen darstellt; und dass es beim Übergang zu einer kinderarmen Gesellschaft nicht lediglich um wirtschaftliche Folgen, sondern um eine tiefgreifende kulturelle Veränderung geht.

Zu fordern ist **eine Bevölkerungspolitik, die darauf ausgerichtet ist, dass es wieder mehr Kinder gibt**. Sie muss viele Massnahmen umfassen, z.B.:

- Frauen wollen sich heute auch im Beruf verwirklichen. Sie werden nur dann bereit sein, wieder mehr Kinder zu haben, wenn sie in der Familie entsprechend entlastet werden. Erforderlich sind vor allem **bildungspolitische Massnahmen** (z.B. generell Kinderkrippen und Tagesschulen).
- **Kinder dürfen kein finanzielles Risiko darstellen**, erforderlich sind also **steuer- und sozialpolitische Massnahmen**.
- **Männer** sollten sich stärker an der **Hausarbeit** beteiligen, also **familienpolitische Massnahmen** (vgl. *Kappeler, 2004*); aber unter Vermeidung der Gefahr, dass auch sie dann die Kinderlosigkeit wählen.

Dass es langfristig prinzipiell möglich ist, eine gesunde Bevölkerungsstruktur zu fördern, zeigt das Beispiel der skandinavischen Länder. Aber das kostet etwas. Und dass gerade viele bürgerliche Politiker und Wirtschaftskreise zu glauben scheinen, gesellschaftliche Lösungen könne man umsonst haben, ist erstaunlich.

1.5. Hemmnisse der politischen Struktur

Es wird darauf hingewiesen, dass die hervorstechenden Merkmale der politische Struktur des Landes, insbesondere

- **die extrem ausgeprägte föderalistische Struktur** und
- **die politischen Mechanismen der direkten Demokratie**
- **die politischen Entscheidungsprozesse verlangsamen** und damit **die Wirtschaftsentwicklung hemmen** (vgl. dazu auch *Borner & Bodmer, 2004*). Ersteres dürfte wohl stimmen, das zweite ist mehr als fraglich. Denn **diese in der Welt einzigartige Kombination stellt die Grundlage der Stabilität, Sicherheit und Ordnung dar, die die Schweiz für wirtschaftliche Tätigkeiten attraktiv machen**.

Es stellen sich aber auch Fragen der grundsätzlichen Wertordnung. Einige Vertreter des neoklassischen Liberalismus (z.B. v. *Hayek, 1981*) glauben, dass **sich das ökonomische System von der übrigen Gesellschaft abgekoppelt habe** (das ist allerdings mehr normative Forderung als Realitätsbeschreibung). Dagegen gehört es zu den Grundüberzeugungen unseres Netzwerkes, dass **die Wirtschaft ein Teil der Gesellschaft sein soll, also ihr nachgeordnet, und nicht umgekehrt** (dazu mit ausführlichen Begründungen *Ulrich, 2002, S. 72–97*). (Dem entspricht auch das Konzept der **Corporate Citizenship** mit der Vorstellung, dass die Unternehmen gesellschaftliche Verpflichtungen besitzen).

In Bezug auf praktische Auswirkungen der direkten Demokratie zeigen wissenschaftliche Untersuchungen der Abstimmungsergebnisse zudem, dass die Stimmberechtigten in der Mehrheit der Fälle den Parolen der Wirtschaft & FDP folgen; die Stimmbürger entscheiden meist «wirtschaftsfreundlich». «Es lässt sich insgesamt also nur schwer belegen, dass das System der direkten Demokratie der wesentliche Bremsklotz von Wirtschaftswachstum ist» (Lutz & Votruba, 2005; siehe zu diesem Problembereich auch die Aufsätze in der *Debatte Wirtschaft und Politik in der Schweiz*, 2005).

Auch die Diskussion über den Föderalismus ist wenigstens zur Zeit müssig, weil keine realen politischen Chancen bestehen, etwas zu ändern. **Regionale Zusammenschlüsse** über bestehende Gemeinde- und Kantons Grenzen hinweg, wie sie z.T. schon realisiert werden, können ein Ausweg sein.

1.6. Die politische Polarisierung gefährdet die Handlungsfähigkeit der Schweiz

Die oben diskutierte politische Struktur der Schweiz (Föderalismus und Direkte Demokratie) ist auf **Konkordanz**, also Entscheidungsfindung im Wege des Kompromisses zwischen den stärkeren politischen Kräften des Landes, angelegt; nur so kann sie auf die Dauer funktionieren. Wiederholt weisen unsere GesprächspartnerInnen darauf hin, dass die in den letzten Jahren eingetretene **Polarisierung zwischen rechten und linken politischen Positionen** politische Entscheidungen erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht. Wichtige Weichenstellungen würden dadurch hinausgeschoben, das Land ist mehr und mehr unfähig zu handeln, dies auch zum Schaden der Wirtschaft. Was sind die Ursachen? Im Prinzip sollten Kompromisse auch zwischen extremeren Positionen möglich sein; gerade dann sind sie jedenfalls besonders sinnvoll. Das setzt den **Willen zur friedlichen Übereinkunft** voraus. Tatsächlich lassen die Handlungen mancher Parteien und einige Stellungnahmen führender Politiker Zweifel daran aufkommen, ob dieser Wille noch stark genug ist. Wenn nicht, wäre das eine Gefahr.

1.7. Mangelnde Leistungsbereitschaft

Es wird darauf hingewiesen, dass die **Abnahme der Bereitschaft zu Anstrengung und Leistung** in der Schweizer Bevölkerung, vor allem bei den Jungen, die wirtschaftliche Zukunft im Wettbewerb mit den noch weniger wohlhabenden Ländern gefährde. Noch ist die Bevölkerung der Schweiz bereit, sich einzusetzen, sie hat z.B. Verkürzungen der im europäischen Vergleich langen Arbeitszeiten an der Urne abgelehnt. Andererseits zeigt die **grosse Zahl der Frührentierungen** vor allem besser Verdienender (54% Frührentierungen im obersten

Einkommensquartil !) die **Tendenz, Wohlstand zum Wohleben zu nutzen**. Konkret zeigt sich das Problem des **Motivationsverlustes** im Bildungsbereich vor allem bei Jugendlichen, die schulische Misserfolge erfahren haben und keine Zukunftschancen sehen; hier untergräbt also nicht Wohlstand, sondern Hoffnungslosigkeit die Leistungsbereitschaft. Und der Augenschein schon allein in den neuen EU-Ländern oder der Türkei zeigt, dass dort eine ganze Generation von erfolgshungrigen jungen Leuten auf eine Chance zu Einsatz und Erfolg wartet. Hier besteht ein echtes, ernst zu nehmendes Problem. – Das haben die Schulbehörden erkannt und eine ganzen Palette von motivierenden Massnahmen im Übergangsbereich eingeführt.

1.8. Grundlegende Fragen und Forderungen

Unsere InterviewpartnerInnen haben viele konkrete Vorschläge und Forderungen eingebracht, von denen wir nur einige diskutieren können. Zuerst zur grundlegenden Frage:

1.8.1. Was für eine Schweiz wollen wir?

Die Schweiz ist im Vergleich zu vielen anderen Ländern ein wohlgeordnetes, friedliches und wohlhabendes Land; aber auch sie hat ihre Probleme. Vor allem ist der wirtschaftliche Wohlstand ungleich verteilt, wenngleich die Unterschiede erheblich geringer sind als z.B. in den USA. Die Unterschiede in den Einkommen und Vermögen sind gross und mehr oder weniger stabil (*Suter* u.a. 2004), der Anteil der «Working Poor» bewegt sich seit Jahren zwischen 7% und 8%, und bis zu 18% der Bevölkerung (und 8% der Kinder!) leben unter der Armutsgrenze. Diese Unterschiede haben natürlich Folgen für die Lebensführung und -chancen (vgl. *Stamm* u.a., 2003, S. 43–122); in der Folge leben die Angehörigen des obersten Einkommensquartils z.B. durchschnittlich 7 Jahre länger als die des untersten. Dies steht im Gegensatz zu den Wertvorstellungen der Bevölkerung, die nach wie vor dem Ideal der Gleichheit eine hohe Priorität einzuräumen scheint (*Stamm* u.a. 2003, S. 222). **Ganz offensichtlich stellt ein Mindestmass an Gleichheit hinsichtlich Einkommen, Besitz und Bildung die unentbehrliche Grundlage der Schweizer gesellschaftlichen und politischen Kultur dar.** Daraus ergeben sich auch Fragen bezüglich der Wirtschaftsentwicklung.

1.8.2. Brauchen wir Wachstum, und welches und wofür?

Eine der häufigsten Forderungen in Politik und Ökonomie ist: **Wir brauchen Wachstum, welches Arbeit und Wohlstand bringt.** (vgl. dazu das «Mass-

nahmenpaket des Bundesrates zur Wachstumspolitik», *Brunetti* 2004). Gemeint ist damit **quantitatives** Wirtschaftswachstum; was ein **qualitatives** Wachstum sein könnte und wie es zustande kommen könnte, können wir hier nicht erörtern.

Die Idee des immer währenden Wirtschaftswachstums enthält metaphysische Probleme, da einerseits ein unvermindert ins Endlose wachsendes System nicht denkbar ist, andererseits unklar ist, wie das Wachstum ohne Lebensgefahr für das System angehalten werden kann. Hier wollen wir uns aber mit konkreteren Fragen befassen.

Die Frage, ob und in welchem Ausmass es in der Schweiz tatsächlich eine Wachstumsschwäche gegeben hat, ist nicht ganz sicher zu beantworten; sie war auch Gegenstand wissenschaftlicher Kontroversen zwischen Autoren des *seco* und des KOF. Im Wesentlichen geht es um einen «Krieg um Kennzahlen» (*Meier*, 2005), auf den ich mich als Nichtökonom nicht näher einlassen möchte; in meiner eigenen Disziplin aber habe ich gelernt, dass Kennzahlen, welche auch immer man wählt, meist zugleich Vor- und Nachteile aufweisen.

«Welchen zusätzlichen Wohlstand brauchen wir noch?» hat Leumann in unserem Interview gefragt. *Gasche & Guggenbühl* (2004) haben diese Frage sehr viel radikaler gestellt und zum Gegenstand ihres Buches gemacht. Sie kritisieren nicht nur den Unsinn der Messgrössen BIP und BSP (beide berücksichtigen auch qualitativ schädliche Ergebnisse), sondern verneinen auch, dass weiteres Wachstum noch weitere Lebensqualität bringen kann, und verweisen auf den exponentiellen Charakter stetigen Wachstums: «Wer den Sinn und Nutzen des BIP-Wachstums infrage stellt, muss sich heute ausgiebig rechtfertigen. Wer dagegen ein dreiprozentiges Wachstum fordert, muss nicht erklären, was denn bis 2050 um das vierfache und bis 2100 sogar um das sechzehnfache wachsen soll.» *Sommaruga & Strahm* (2005, etwa S. 169) hingegen, denen man kaum eine neoliberale Haltung nachsagen kann, plädieren für «nachhaltiges» Wachstum (mit steigender Wertschöpfung ohne zugleich steigenden Ressourcenverbrauch).

In der Vergangenheit hat uns das Wachstum zweifellos viel gebracht: technische Artikel wie Waschmaschinen, Kühlschränke und elektronische Geräte, Autos und Mobilität, grössere und bessere Wohnungen, mehr Freizeit, bessere Gesundheit und eine längere Lebenserwartung. (Am stärksten wuchsen allerdings vielleicht die grossen Privatvermögen und die Konzerne.) Nun haben wir schon recht viel von diesen materiellen Gütern, und es stellt sich die Frage ob wir mit weiterem Wachstum mehr Lebensqualität gewinnen können. Gilt hier das Prinzip des «abnehmenden Grenznutzens» (*Dubs*, 1998, S. 88 ff)? Steigen die Folgelasten mit Notwendigkeit, und sind wir damit an ökologische Grenzen gestossen? Der quasi-

marxistischen Erklärung, nämlich dass der Wohlstand im Kapitalismus periodisch durch Wirtschaftskrisen und Kriege vernichtet wird, damit man wieder von vorn beginnen kann, werden die Verfechter des Wachstums wohl kaum zustimmen.

Wirtschaftswissenschaftler weisen darauf hin, dass die Bewältigung der Lasten des Demographie-Problems Wachstum erfordert (*Schips*, 2004; *Jaeger*, 2004). Heisst Wachstum künftig also vor allem Wachstum der Sozialausgaben? Damit würden neoliberale Politiker kaum zufrieden sein ! Brauchen wir das Wachstum, um die infolge der ständig wachsenden Kapital- und entsprechend dazu Schuldenberge auch ständig wachsenden, in den Preisen verborgenen Schuld-Zinsen zu bedienen (vgl. *Creutz*, 2004, S.77 ff)? Wie dem auch sei: **wer Wachstum fordert, sollte sagen welches Wachstum er anstrebt und wozu wir es brauchen.**

1.8.3. Ist die Staatsquote zu hoch?

Auch dieses Argument wird sehr häufig vorgebracht; die Senkung, oder jedenfalls die Vermeidung einer noch höheren Staatsquote soll das Wachstum, und damit Wohlstand und Arbeitsplätze sichern. Zu dieser Argumentation muss zunächst einmal auf zwei Erfahrungsregeln hingewiesen werden

1. *In den Prozessen sozialer Systeme, auch im Wirtschaftssystem, sind monokausale Zusammenhänge sehr selten; wo sie doch einmal auftreten, sind die Ursachen so gewaltig, dass man sie leicht erkennt.*
2. Ausserdem wirken die Einflüsse meist in komplexen systemischen Wechselwirkungen, Rückkoppelungen und zirkulären Prozessen.

Monokausale Behauptungen, wie «Arbeitszeitverkürzungen schaffen Arbeitsplätze» oder «niedrige Steuern fördern das Wirtschaftswachstum» sind also meist falsch oder zumindest unvollständig. Die letztere Aussage ist im übrigen vielfach empirisch widerlegt worden (z.B. *Sommaruga & Strahm*, 2005, S. 26–43; *Bolleter*, 2005).

Viele Autoren betonen denn auch, **dass nicht die Höhe, sondern die Verwendung der Staatsquote wichtig ist.** Hier gibt es andererseits auch wieder Hinweise, dass die Verwendung zur Finanzierung von Investitionen sich günstig, andererseits zur Strukturhaltung sich ungünstig auf das Wachstum auswirken könnte (*Schaltegger*, 2004). Was nun die Schweiz anbelangt, ist der Anstieg der Schweizer Staatsquote vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und zur Bewältigung ihrer sozialen Folgen entstanden (*Kirchgässler*, 2004). Der Staat hat also vor allem eingegriffen, wo die Wirtschaft ihre gesellschaftliche Aufgabe nicht wahrnehmen konnte. Will man nun wirtschaftliches Wachstum höher als gesellschaftliche Stabilität bewerten, und wirkt diese nicht auch wieder auf das Wachstum zurück ?

Diese Argumente betreffen die *volkswirtschaftlichen Zusammenhänge*. *Betriebswirtschaftlich* sieht es ganz anders aus: **natürlich hat es ein Unternehmen leichter (und bleibt dann auch eher im Lande), wenn die Abgabelasten geringer sind**. Und so wird auch das schliesslich, im Rahmen aller Bedingungen, volkswirtschaftliche Auswirkungen haben. Das ist der Kern der Argumentation der von uns befragten Unternehmer, und sie leuchtet ein und ist ernst zu nehmen. Erforderlich ist auch hier ein Gleichgewicht zwischen den Erfordernissen des Staates und den Bedürfnissen der Wirtschaft.

1.8.4. Muss die Staatsverschuldung abgebaut werden?

Dass die Staatsverschuldung gestiegen ist, ist unstrittig. Hohe Staatsschulden sind sicher nicht gut. Aber dass der öffentlichen Verschuldung auch ein *Zuwachs an Vermögen und Infrastruktur* gegenübersteht, wurde häufig ignoriert, das Ausmass der Verschuldung damit übertrieben. Zudem wurde verschwiegen, dass diese Verschuldung jedenfalls beim Bund weniger durch die Übernahme neuer staatlicher Aufgaben als durch die *Privatisierung von Staatsbetrieben* (mit Sanierungsfolgen z.B. der Bundespensionskasse; *Eidgenössisches Finanzdepartement, 2004, nach Mugglin, 2005*), *Finanzierungsausfälle und höhere Sozialausgaben zur Bewältigung der Folgen von Wirtschaftskrisen* entstanden ist. Hier hat der Staat getan, was seine Pflicht war. Sparen in Zeiten guter Konjunktur ist sicher angemessen, durch eine übertriebene Schuldenbremse aber wird die Handlungsfähigkeit des Staates beeinträchtigt.

1.8.5. Auch die Nachfrage stärken

In der neoliberalen Wirtschaftspolitik besteht ganz allgemein die Tendenz, die Angebotsseite (z.B. durch Steuersenkungen) zu stärken («supply-side economics») und demgegenüber die Nachfrageseite zu vernachlässigen; man hofft dadurch die Investitionen zu fördern und glaubt, in einer vielleicht etwas zu gewagten Auslegung der Gleichgewichtstheorie, dass «sich jedes Angebot seine Nachfrage schafft». Aber niemand kann garantieren, dass Unternehmen nur wegen grösserer verfügbarer Mittel investieren; es kommt vor allem auch auf die Absatzchancen und den schwer fassbaren Faktor «Stimmung» an. Vieles spricht dafür, dass gerade die Schwäche des Binnenmarktes zum grossen Teil auf der Zurückhaltung der Konsumenten, also mangelnder Nachfrage beruht. Viele Ökonomen fordern daher eine *ausgewogene Förderung von Angebot und Nachfrage*. «Eine Verbesserung der Angebotsbedingungen ist daher nur eine notwendige und keinesfalls auch eine hinreichende Bedingung für ein höheres gesamtwirtschaftliches Wachstum ... Gerade die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren sollte eigentlich deutlich machen, dass es zunächst in erster Linie darum gehen muss, das Ausmass der konjunkturellen Nachfrageeinbrüche ... einzudämmen.» (*Schips, 2004*).

1.8.6. Das Wichtigste: Investitionen in das Bildungssystem

Unter den Befragten herrscht, über alle Gruppen hinweg, ein weitgehender Konsens, **das im Zeitalter der Globalisierung und der wissensbasierten Wirtschaft die Chancen der Schweiz vor allem auch von der guten Bildung der im Erwerbsleben stehenden Menschen abhängen**. Das bezieht sich auf alle Stufen ebenso der schulischen wie auch der Berufsausbildung. Dieser Grundsatz dürfte heute kaum umstritten sein: «Die Bildung gehört zu den Zentralbereichen der Gesellschaftspolitik, denn sie ist zum Wirtschaftsfaktor Nr. 1 geworden» (*Sommaruga & Strahm, 2005*). Diese Autoren weisen aber auch darauf hin, dass die Bildungsausgaben der Schweiz nur im Mittelfeld der OECD-Länder liegen. Der jüngste Bericht der Schweizer Universitätskonferenz (April 2006) weist sogar darauf hin, dass die Ausgaben für das universitäre Bildungssystem im letzten Jahrzehnt real gesunken sind.

Hinzu kommt die sehr unterschiedliche Ausgestaltung z.B. des Berufsbildungssystems in den Sprachregionen: das «duale Bildungssystem» in der Deutschschweiz, das stärkere Gewicht der gymnasialen Ausbildung (begleitet von höherer Jugendarbeitslosigkeit) in der Romandie und dem Tessin. Ausserdem wird zu recht bemängelt, dass das Schweizer Bildungssystem den sozioökonomischen Status der Eltern in hohem Masse reproduziert.

Insgesamt dürfte es darauf ankommen,

- dem Bildungssystem tatsächlich und nicht nur in Verlautbarungen Priorität in der öffentlichen Finanzierung einzuräumen.
- es über sprachliche und kantonale Grenzen hinweg besser zu koordinieren oder zu vereinheitlichen (ein langer Weg).
- früher mit der schulischen Ausbildung zu beginnen und die Kinder besser zu begleiten (Ganztagsschulen).

2. Zur künftigen Entwicklung des Wohlstandes

«Falls keine angemessenen Reformen durchgeführt werden, darf das Risiko eines relativen Wohlstandsverlustes der Schweiz gegenüber den anderen Ländern nicht unterschätzt werden», urteilten vor eineinhalb Jahren Experten der OECD (*Giorno & Jiménez 2004*). Der *relative Wohlstandsverlust*, den sie meinen, kann eintreten

- durch die Verbesserung der Situation anderer Länder oder
- durch *absoluten Wohlstandsverlust* (also ein Absinken des Wohlstandes) der Schweiz.

Der erste Fall erscheint mir weniger bedrohlich: wir sollten uns eher freuen, wenn es auch den Anderen besser geht; und angesichts der internationalen Handelsbeziehungen und Auslandsinvestitionen der Schweiz kann das auch aus ökonomischer Sicht kein Unglück sein. Der zweite Fall hingegen könnte Probleme schaffen und den sozialen Frieden gefährden.

Wie denken unsere Interviewpartner über diese Probleme? Wir fassen ihre Vorstellungen summarisch zusammen:

- Die grosse Mehrheit erwartet ganz klar einen Wohlstandsverlust. Nur zwei der Befragten nehmen an, dass der Wohlstand noch steigen wird.
- Dabei wird in einigen Interviews nicht klar, ob der erwartete Verlust lediglich relativ oder auch absolut sein wird. Diese Unklarheit geht auch zu Lasten von uns Interviewern: wir haben nicht entsprechend nachgefragt.
- Die meisten Befragten erwarten wohl einen **relativen Verlust der Schweiz, aber einen absoluten Verlust für gewisse Bevölkerungsschichten, insbesondere ArbeitnehmerInnen mit schlechter Ausbildung**.
- Auch ein gewisser Rückgang selbst des absoluten Wohlstandes, ist bei dem bemerkenswert hohen Standard der Schweiz, kein grosses Unglück und muss keinen Verlust an Lebensqualität bedeuten. Ein sanfter Rückgang kann sogar positive Auswirkungen haben.
- Voraussetzungen einer solchen sanften Landung ist allerdings, dass die Schweiz die bereits jetzt laufenden Verteilungskämpfe so lösen kann, dass der soziale Frieden, vielleicht einer der wichtigsten Produktionsfaktoren des Landes, erhalten bleibt.
- Bedenklich erscheint unter diesem Gesichtspunkt die offensichtlich in der Politik bestehende Neigung, das Problem zu verdrängen. Mehrere Befragte haben ganz offen von einem Tabu gesprochen. Auch die bestehende politische Blockierung behindern eine sozial verträgliche Lösung des Problems.

Was kann man daraus schliessen? Eine Angleichung des *relativen Wohlstandes* durch stärkere Entwicklung anderer Länder ist wahrscheinlich. Das ist aber kein Grund zur Panik. Wenn eine unerwartete weltweite Krise eintreten sollte, etwa durch Engpässe in der Energieversorgung, könnte der *absolute Wohlstand* wie in vielen Ländern auch in der Schweiz sinken. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios lässt sich schwer beurteilen.

Das dringende Problem ist weniger der drohende Verlust als die Verteilung des materiellen Wohlstandes. Vieles deutet darauf hin, dass die Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsschichten grösser werden könnten. Insbesondere die Einkommen des Mittelstandes, der vielleicht wichtigsten staatstragenden Schicht, stagnieren seit einiger Zeit, während Einkommen und Vermögen der sehr Reichen wachsen. Nun ist es vielleicht nicht weiter

schlimm, wenn die Reichen reicher werden, solange die Armen nicht ärmer werden; die Zahl der Working Poor und anderer Armer ist aber zu hoch.

Auch Gewinn, Vermögen und Bedeutung der grossen Konzerne nehmen ständig zu; andererseits werden in der Politik und Wirtschaft häufig Massnahmen getroffen, welche kleine und mittlere Unternehmen benachteiligen - man denke etwa an das Kreditgebahren der Grossbanken oder die unsinnige Förderung der Grossverteiler (z. Zt. sind in der Schweiz zusätzliche 17(!) grosse Einkaufszentren im Bau) durch kommunale Projekte und Gesetzgebung (Ladenschlusszeiten!).

VIII. Abschliessende Überlegungen

Wir haben unsere Befragung in einer Periode durchgeführt, in der die Wirtschaft der Schweiz, weniger stark die als unserer europäischen Nachbarn, aber doch deutlich stagnierte. Über die wahre Wachstumsentwicklung mag man sich streiten, aber die Stimmung des Landes war jedenfalls von einem gewissen Pessimismus beherrscht. Die von den bürgerlichen Parteien beherrschte Politik reagierte darauf mit einer prozyklischen Politik: wenn es ohnehin schlecht aussieht, muss man eben sparen, das war die Logik; auch die Höhe der Staatsverschuldung war ein wichtiges Argument.

Hinter der Sparpolitik stand auch mehr oder weniger offen die liberalistische Tendenz, den Staat zurück zu binden. Wenn aber in der Politik vorwiegend von Wachstumskrise, drohender Armut und der Notwendigkeit zu sparen geredet wurde, war es kein Wunder, dass auch die Konsumenten von dieser Maxime, die den öffentlichen Diskurs beherrschte, angesteckt wurden.

Inzwischen, im Frühjahr 2006, veröffentlichten die Unternehmen Rekordgewinne und die Konjunkturforschungsstellen hoffnungsvolle Prognosen, die Börse boomt trotz hohen Ölpreisen, die Kauffreudigkeit der Konsumenten ist gestiegen, auf dem Arbeitsmarkt rührt sich zwar noch nicht sehr viel, aber auch hier wird uns Besserung versprochen. Und auch wenn die Gründe für den Aufschwung zum grossen Teil nicht in der Schweiz, sondern bei ihren internationalen Wirtschaftspartnern liegen: ganz so schlecht kann unser System wohl doch nicht sein.

Gewisse Anzeichen, z.B. in der Debatte über die Revision der Invalidenversicherung im Nationalrat, deuten darauf hin, dass die bürgerliche Mehrheit jetzt zu einer antizyklischen Politik wechselt: gleichgültig, ob es gut oder schlecht geht, gespart wird auf jeden Fall. Das ist bedenklich aus mehreren Gründen:

- Ganz generell brauchen wir keinen zu starken, aber auch keinen schwachen Staat; vielmehr muss er stark genug sein, um die gesellschaftlichen und wo nötig auch die wirtschaftlichen Probleme lösen zu helfen. Die vorhandenen demokratischen und föderalistischen Regulative begrenzen die Macht staatlicher Behörden ohnehin.
- Die grundlegende gesellschaftliche Aufgabe besteht darin, jenes Mindestmass an auch wirtschaftlicher Gleichheit zu sichern, ohne das die direkte Demokratie nicht funktionieren kann. «Die Schweiz hat sich bisher vor allem dadurch ausgezeichnet, besonders integrativ zu sein. Die Bewohner dieses Landes nehmen diverse Kosten auf sich, möglichst Allen Chancen, Mitbestimmung und Absicherung zuzugestehen» (Meier, 2005). Wir können nur hoffen, dass das auch in Zukunft so sein wird.

- Daneben ergeben sich sehr gewichtige Einzelprobleme, die gelöst werden sollten. Nur ein (bereits erwähntes) Beispiel: bisher gibt es in der Schweiz praktisch keine Bevölkerungspolitik, aber sie ist nötig und erfordert beträchtliche finanzielle Mittel. Ein anderes Beispiel ist der Handlungsbedarf im Bildungs- und Forschungssystem.
- Um es noch einmal zu wiederholen: **gesellschaftliche Reformen sind nicht umsonst zu haben, sowenig wie Restrukturierungen in der Wirtschaft.**

Die Lage des Kleinstaates Schweiz, seine Traditionen, seine politische Struktur und die Mentalität der Bevölkerung erfordern ziemlich klar eine Politik der Ausgewogenheit und der kleinen Schritte. Die Schweiz ist auf Zusammenarbeit und Integration angewiesen. Das ist nicht spektakulär und wenig attraktiv für radikale Reformen, aber fördert das Gemeinwohl am besten. Letzten Endes setzt sich die Vernunft hierzulande ja auch meist durch, selbst wenn es manchmal etwas länger dauert. Das ist durchaus ein Grund zur Hoffnung. Erstaunlich bleibt aber, dass Solidarität und Zusammenarbeit in der wirtschaftspolitischen Debatte so wenig Gewicht haben.

Für unser Netzwerk ergeben sich aus den Ergebnissen dieser Studie die folgenden Aufgaben:

1. Eines der wichtigsten sozialen Anliegen ist die **Förderung der Arbeitsmarktfähigkeit der leistungsschwachen SchulabgängerInnen**. Diesem Problem gilt, wie bereits erwähnt, unser Projekt Lift.
2. Eine weitere Aufgabe besteht darin, die öffentliche Diskussion heikler oder vernachlässigter Probleme zu fördern. Zu solchen Themen gehören, um nur wenige Beispiele zu nennen
 - **der wahre Zustand der Schweizer Wirtschaft (jenseits von Angstmacherei und Vogelstrausspolitik)**
 - **Notwendigkeit und Grenzen einer vernünftigen Sparpolitik**
 - **Solidarität und Zusammenarbeit als tragende Wertvorstellungen auch in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, besonders in der Binnenwirtschaft**
 - **Gefahren des Wohlstandsverlustes und das Problem einer gesellschaftsverträglichen Verteilung.**

Abschliessend noch ein persönliches Wort:

1. Als ökonomischer Laie habe ich aus diesen Interviews und ihrer Verarbeitung vor allem gelernt, dass in ökonomischen Fragen extreme und einseitige Argumente und Theorien mindestens fraglich sind; die Ereignisse haben viele Ursachen, und Ursachen und Folgen lassen sich nicht immer klar unterscheiden.
2. In meiner eigenen Disziplin habe ich in langen Jahren erfahren, dass besondere Skepsis am Platze ist, wo die «herrschende Lehre» grosse Übereinstimmung und Gewissheit vermittelt. Könnte das auch in der Ökonomie zutreffen?

Für die gewonnenen Einsichten, für ihre Offenheit und auch den Mut zu unpopulären Aussagen bin ich meinen Gesprächspartnerinnen und – Partnern sehr dankbar.

Literatur

Abrahamson, Yngve, Aeppli, Roland, Atukeren Erdal, Graff Michael, Müller Christian, Schips Bernd (2003). *The Swiss Disease: Facts and Artefacts*. KOF Arbeitspapiere NR71, 2. 2003.

Binswanger, Matthias (2004). *Hoher Wohlstand trotz geringem Wachstum*. Cash Nr. 14, 1.4.2004.

Bolleter, Ulrich (2004): *Kritische Gedanken zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der Schweiz*. Webside der EVP Zürich.

Borner, Silvio & Bodmer, Frank (2004): *Wohlstand ohne Wachstum – eine Schweizer Illusion*. Orell Füssli, Zürich.

Brunetti, Aymo (2004): *Vom Wachstumsbericht zum Wachstumspaket: Die Arbeiten der Bundesverwaltung in der Übersicht*. In: Die Volkswirtschaft, 5-2004, S. 9–14.

Creutz, Helmut (2004): *Die 29 Irrtümer rund ums Geld*. Signum/Wirtschaftsverlag Zürich.

Debatte Wirtschaft und Politik in der Schweiz (2005). In: Swiss Political Science Review 11(3), S. 141–203.

Dubs, Rolf (1998): *Volkswirtschaftslehre. Eine Wirtschaftsbürgerkunde für höhere Schulen, Erwachsenenbildung und zum Selbststudium*. Paul Haupt Verlag Bern.

Gasche, Urs P. & Guggenbühl, Hanspeter (2004): *Das Geschwätz vom Wachstum*. Orell Füssli Verlag Zürich.

Giorno, Claude & Jiménez, Miguel (2004): *Wachstumsdefizit der Schweiz aus der Sicht der OECD*. In: Die Volkswirtschaft, 5-2004, S. 15 –19.

Jaeger, Franz (2004): *Wachstumspaket – eine Gratwanderung zwischen ökonomischer Stringenz und politischer Akzeptanz*. In: Die Volkswirtschaft, 5-2004, S. 24 –29.

Kappeler, Beat (2004): *Die Neue Schweizer Familie. Familienmanagement und Rentensicherheit*. Nagel & Kimche, 2004.

Kirchgässer, Gebhard (2004): *Zum Zusammenhang zwischen staatlicher Aktivität und wirtschaftlicher Entwicklung*. Universität St. Gallen.

Kohli, Ulrich (2005): *Switzerlands Growth Deficit: A real problem – but only half as bad as it looks*. Referat an der Wachstumskonferenz von Avenir Suisse, 4.3.2005 .

Lutz, Georg & Votruba, Thomas (2005): *Ist der Souverän wirtschaftsfeindlich? Direkte Demokratie taugt nicht als Sündenbock*. NZZ vom 4.1.2005.

Meier, Markus Diem (2005): *Was heisst hier liberal? Warum die Untergangspropheten falsch liegen und die Schweiz zu beneiden bleibt*. Verlag Rüegger, Zürich, Chur.

Mugglin, Markus (2005): *Gegendarstellung. Wer die Schweizer Wirtschaft bremst*. Xanthippe Verlag Zürich.

Schaltegger, Christoph A. (2004): *Ist die Höhe der Staatsquote schuld an der Schweizer Wirtschaftsschwäche?* Eidg. Steuerverwaltung, Abt. Steuerstatistik und Dokumentation, Bern 30.4.2004.

Schips, Bernd (2004): *Die Stossrichtung des Wachstumsberichtes stimmt*. In: Die Volkswirtschaft, 5-2004, S. 20–23.

Sommaruga, Simonetta & Strahm Rudolf H. (2005): *Für eine moderne Schweiz. Ein praktischer Reformplan*. Verlag Nagel und Kimche, München Wien.

Stamm, Hanspeter, Lamprecht, Markus & Nef, Rolf (2003): *Soziale Ungleichheit in der Schweiz. Strukturen und Wahrnehmungen*. Seismo Verlag Zürich.

Suter, Christian, Renschler, Isabelle & Joye, Dominik (2004): *Sozialbericht 2004*. Seismo Verlag Zürich.

Ulrich, Peter (2002): *Der entzauberte Markt. Eine wirtschaftsethische Orientierung*. Herder Verlag Freiburg, Basel.

Anhang 1: Unsere Interviewpartnerinnen und -partner

Burkhard Hans-Peter, Dr., Direktor des Center for Corporate Responsibility and Sustainability, CCRS, Zürich

Fasel Hugo, lic. rer. pol., Präsident der Travail Suisse, Bern

Gärtner Ludwig, Geschäftsfeldleiter «Familie, Generationen und Gesellschaft», Bundesamt für Sozialversicherung, Bern

Geser Hans, Prof. Dr., Lehrstuhl f. Soziologie an der Universität Zürich

Hablützel Peter, Dr. phil., bis Sept. 2005 Direktor des Eidg. Personalamtes, heute Inhaber der Hablützel Consulting Bern

Held Thomas, Dr. phil. I., Direktor von Avenir Suisse, Think Tank for Economic and Social Issues

Leumann Gerry, Meggen, VR-Präsident Collano

Lüthi Ruth, Dr. phil., Ständerätin Fribourg

Mosimann Philip, CEO Bucher Industries AG, Niederwenigen

Nordmann Jean-Luc, Direktor für Arbeit des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco)

Pedrina Vasco, Co-Präsident der Gewerkschaft Unia, Bern

Rechsteiner Paul, Nationalrat, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Renold Ursula, Dr. phil., Direktorin des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT)

Rossier Yves, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV)

Roth Jean-Pierre, Dr., Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank

Schneider-Ammann Johann, Nationalrat, Präsident und Delegierter der Ammann-Gruppe, Präsident Swissmem

Stämpfli Regula, Dr. phil., Politikwissenschaftlerin, Dozentin und Buchautorin

Stämpfli Rudolf, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, Präsident des Verwaltungsrates der Stämpfli AG

Stocker Monika; Stadträtin, Vorsteherin des Sozialdepartements der Stadt Zürich

Stückelberger Christoph, Prof. Dr., Leiter des Instituts für Theologie und Ethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, Bern

Thom Norbert, Dr. Dres. h.c., Ordentlicher Prof. f. Betriebswirtschaftslehre, Dir. des Instituts für Organisation und Personal der Universität Bern

Volkart Rudolf, Prof. Dr., Ordinarius f. Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Corporate Finance, Direktor am Institut für schweizerisches Bankenwesen, Universität Zürich

Anhang 2: Der Interview-Leitfaden

Zum Thema «Entwicklung der Schweizer Wirtschaft und des Wohlstandes» wurden im Interview die folgenden Fragen besprochen:

- Wie sehen Sie die Entwicklung der Schweizer Wirtschaft im kommenden Jahrzehnt?
- Die Entwicklung nach Wirtschaftszweigen ?
- Löhne und Preise?
- Wohlstandsverlust in Angleichung an andere Länder oder durch vermehrten Wettbewerb?
- Wie beurteilen Sie die Staatsquote und die Probleme des Sozialstaates?
- Welche Auswirkungen hat die demographische Entwicklung für den Arbeitsmarkt? Welche Rolle wird die Migration spielen?
- Welche besonderen Probleme stellen sich für die Beschäftigung der Jungen, für die Frauen, für ältere Menschen?
- Wird die prekäre Arbeit zunehmen?
- Welche drei Szenarien sind für die künftige Entwicklung am wahrscheinlichsten?
- Wenn Sie drei Massnahmen durchsetzen könnten, welche würden Sie wählen?

Ausserdem wurden in den Interviews die weiteren Fragenbereiche behandelt:

- Die Zukunft der Schweizer Unternehmen
- Die Entwicklung der beruflichen Erwerbsarbeit
- Die Probleme der Jungen
- Unbezahlte Arbeit
- Renten
- Noch einmal die Frage nach mittel- und langfristig dringlichsten Massnahmen

Antworten in diesen Bereichen wurden z.T. in die vorliegende Auswertung mit einbezogen.

Netzwerk für sozial verantwortliche Wirtschaft NSW/RSE
Schläflistrasse 6
3013 Bern
Tel.: 031 318 55 70
E-Mail: buero@nsw-rse.ch
Website: www.nsw-rse.ch